

PALACKÝ-UNIVERSITÄT IN OLOMOUC
PÄDAGOGISCHE FAKULTÄT
Lehrstuhl für deutsche Sprache

Bachelorarbeit
Veronika Pešková

Angela Merkel – ihre Erfolge und Misserfolge

Olomouc 2015

Betreuer: Mgr. Pavel Hofírek

Ich erkläre hiermit, dass ich meine Bachelorarbeit selbständig verfasst habe und nur die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen benutzt habe.

Olomouc, den 20. März 2015

.....

Veronika Pešková

Ich bedanke mich herzlich bei Mgr. Pavel Hofírek, der meine Arbeit und somit auch mich betreut hat. Ich möchte an dieser Stelle bei ihm für seine wertvolle Ratschläge, Bereitschaft und Hilfe herzlich bedanken.

Inhaltverzeichnis

Einleitung.....	5
I.THEORETISCHER TEIL	7
1. Die Kanzlerposition im deutschen politischen System	7
2. Politisches Profil Angela Merkel.....	9
3. Die politische Situation vor den Wahlen.....	12
4. Erste Regierungszeit von Angela Merkel 2005-2009.....	13
4.1 Die Wahlen.....	13
4.2 Europäische Politik der Großen Koalition	16
4.1.2 Das Konzept der europäischen Politik von der Großen Koalition	18
4.1.3 Die Realisation der europäischen Politik von der Großen Koalition	19
4.1.1.1 Der Vertrag über die Verfassung für Europa	19
4.1.1.2 Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft	21
4.3 Die Bewertung der Großen Koalition	23
5. Zweite Regierungszeit von Angela Merkel 2009-2013.....	24
5.1 Das Konzept der europäischen Politik der CDU/CSU und der FDP	27
5.2 Die Realisation der europäischen Politik der CDU/CSU und der FDP	29
5.3 Die Bewertung der Koalition von CDU/CSU und FDP.....	30
II. PRAKTISCHER TEIL	32
1. Mladá fronta DNES (MfD)	32
1.1 Die Analyse	32
1.1.2 Die Graphen	34
2. Hospodářské noviny (HN).....	35
2.1 Die Analyse	36
2.1.2 Die Graphen	37
3. Der Vergleich der Zeitungen	38
Zusammenfassung	40
Anlagen	43
Bibliographie	46

Einleitung

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit Angela Merkel und mit ihrer europäischen Politik und steht aus zwei Teilen: aus dem umfangreichen theoretischen Teil und aus dem praktischen Teil. Alle Übersetzungen aus dem Tschechischen oder Englischen ins Deutsche sind in dieser Bachelorarbeit meine eigenen Übersetzungen. Ich benutzte *Česko-německý slovník*¹ a *slovníky.lingea.cz*²

Die Aufmerksamkeit richtet an die Position des Kanzlers in dem politischen System der BRD, an die Möglichkeiten und die Grenzen seines Amtes bei der Bildung der Politik auf die EU-Ebene. Ich untersuche den Kanzlerraum bei der Durchsetzung eigener Konzeption von der europäischen Politik im Rahmen der institutionellen Einstellung von seinen Kompetenzen und ich forsche auch den Vollzug dieser Kompetenzen in der Praxis.

Mit der europäischen Politik von Angela Merkel beschäftige ich mich im Zeitabschnitt von dem Jahr 2005 bis der Wende der Jahren 2013 und 2014, die man in zwei Etappen teilen kann: 1) die Regierung der Großen Koalition. Die Regierung der Koalition der CDU/CSU – der Christlich Demokratischen Union/ der Christlich-Sozialen Union und der SPD – der Sozialdemokratischen Partei Deutschland. 2) die liberal-konservative Koalition der CDU/CSU und der FDP – der Freien Demokratischen Partei. Aus den durchgeführten Studien ergibt, dass die europäische Politik der Großen Koalition unter die Führung von Angela Merkel einen Prointegrations- und Kooperativcharakter hat. Die Kanzlerin gewinnt Zutrauen der Staaten von der Mittel- und Osteuropa und sie macht sich markant um die Erneuerung der Diskussion über die Zukunft der EU verdient. Die Position der BRD wurde sich in Europa verstärkt. Der Zeitraum der Regierung von der konservativ-liberalen Koalition ist mit der Lösung der weltlichen ökonomischen und finanziellen Krise und mit den ökonomischen Schwierigkeiten einiger Mitglieder von der Eurozone verbunden.

Angela Merkel stand am Kopf der zweiten Großen Koalition in der Geschichte der BRD am 22. November 2005. Die europäische Politik spielt schon im Verlauf der Wahlkampagne die wichtige Rolle. Manche großen Unterschiede zwischen den Prioritäten von Merkel und von ihrem Vorgänger Gerhard Schröder wurden gut bekannt - man kann vor allem den Widerstand von Merkel gegen die Mitgliedschaft der Türkei in die EU oder ihre

¹FIN PUBLISHING, *Německo-český a česko-německý slovník*. 6. vyd. Český Těšín: Těšínská tiskárna, a. s., 2005, 1404 S. ISBN 80-86002-74-8

²LINGEA. *slovníky.lingea.cz* [online]. c2010, [cit. 2015-04-11]. WWW: <http://www.lingea.cz/>

Bemühung um die besseren Beziehungen mit den neuen kleinen Mitgliedstaaten der Union nennen.³ Nach der Wahl von Merkel in das Bundeskanzlersamt wurde vor allem die europäische Politik für die Kontinuität charakteristisch.

In den Wahlen im September 2009 verteidigte Merkel ihre Stellung in der Kanzlerposition und wurde sie „der Leader“ der schwarz-gelben Koalition von der CDU/CSU und der FDP, die ihre Tätigkeit am 28. Oktober 2009 begann.

Das Ziel dieser Bachelorarbeit ist die Komparation der europäischen Politik von der Merkels Kabinette im Zeitabschnitt 2005-2014, d. i. in der Zeit der Großen Koalition von der CDU/CSU und der SPD und im Zeitraum der konservativ-liberalen Koalition von der CDU/CSU und der FDP. Die Programme aller genannten Parteien und auch die Modifikationen dieser Prioritäten im Laufe der Bildung von den Koalitionsverträgen werden im Gebiet der europäischen Politik untergesucht.

In dem praktischen Teil konzentriere ich mich auf die Medialisierung der vorzeitigen Wahlen in den tschechischen Zeitungen – konkret in der Zeitung *Hospodářské noviny* und *Mladá fronta DNES*. Diese Bachelorarbeit wird zu analysieren versucht, wer und wie mehr unterstützt wurde und inwieweit informierten die tschechischen Zeitungen über die Situation der vorzeitigen Wahlen in der BRD im Jahr 2005.

³ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 257

I.THEORETISCHER TEIL

Angela Merkel wurde die erste Frau, die das Kanzleramt im Deutschland bekleidet. Die Symbolik in ihrer Wahl spielt hier eine wichtige Rolle, weil sie ihr ganzes Leben im Ostdeutschland verbrachte – nach der Vereinigung wurde sie die Hauptkopf im Amt der ehemaligen DDR.⁴

1. Die Kanzlerposition im deutschen politischen System

Bundesrepublik Deutschland ist die parlamentarische Republik, wo der Staatskopf ein föderaler Präsident ist,⁵ der Deutschland repräsentiert und seine wichtigsten Kompetenz die Aufstellung des Bundeskanzlers. Das deutsche parlamentarische System kann man als das Zweikammersystem bezeichnen, weil es sich aus der Bundesversammlung und aus dem Bundesrat zusammen setzt. Die Bundesversammlung wird durch 614 Abgeordneten gebildet und wird für 4 Jahren gewählt. Der Bundesrat hat 69 Vertreter der einzelnen Bundesländer. Der bedeutende Teil des Systems ist die Regierung, die die Bundesminister bilden und die der Präsident nennt.⁶

„Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen. Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgange mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.“⁷ Der Spezialist für die deutsche Kanzlerdemokratie Karlheinz Niclauss sagt, dass jeder Kandidat, der vom Präsident vorgeschlagen wurde, seit dem Jahr 1949 die Mehrheit der Stimmen von Mitgliedern des Bundestages bekam.⁸ Der Bundeskanzler ist ein einziges Mitglied, der von der Bundesregierung gewählt ist. Die Verfassung gibt ihm das Recht für die Ministerbestimmung in den wichtigsten politischen Ämtern.⁹ „Über

⁴ Angela Merkelová. [online]. [zit. 2015-03-13]WWW: <http://www.financnici.cz/angela-merkelova#cv>

⁵ Der Präsident der BDR ist seit dem Jahr 2012 Joachim Gauck

⁶ Grundgesetz für Bundesrepublik Deutschland: VI. Die Bundesregierung, ART. 62. [online]. [zit. 2014-11-26]. WWW:http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_06/245136

⁷ Grundgesetz für Bundesrepublik Deutschland: VI. Die Bundesregierung, ART. 63. [online]. [zit. 2014-11-26]. WWW:http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_06/245136

⁸ NICLAUSS, Karlheinz: *The Federal Government: Variations of Chancellor Dominance*. In: HELMS, Ludger: *Institutions and Institutional Change in the Federal Republic of Germany*. Macmillan Press 2000, S. 66., [zit. 2014-11-26]

⁹ Fakta o Německu: *Politický systém*. [online]. [zit. 2014-11-26]. WWW: <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/cz/politicky-system/main-content-04/spolkovy-kancler-a-spolkova-vlada.html>

*Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.*¹⁰

Der Parlamentsrat, der im Jahr 1949 den Grundgesetz verabschiedete, hatte wie das Vorbild die Wahl des britischen Ministerpräsidenten.¹¹ Nach Giovanni Sartori hat Bundeskanzler nicht mehr so mächtige Position in der Regierung wie der Ministerpräsident im Britannien, der als „der Erste über den Ungleichen“ definiert ist, jedoch ist seine Funktion bedeutender als Funktion der Ministerpräsidenten in der üblichen Parlamentssystemen, in denen der Ministerpräsident fest mit Regierung gebunden ist. Er ist nur „der Erste zwischen den Gleichen.“ „*Der Erste zwischen den Ungleichen muss nicht offiziell ein Parteiführer sein, aber trotzdem kann das Parlament ihn nicht absetzen, wenn es nur seine Misstrauen äußert. Man erwartet, dass „der Erste“ in seinem Amt bleibt, auch wenn die Mitglieder seines Kabinetts abwechseln. Er darf die Minister ihrer Funktion entheben, aber die Minister dürfen den Ersten nicht absetzen.*“¹² Im Parlamentssystem von Großbritannien regiert nur eine Politikpartei, weil das britische Mehrheitswahlsystem die stärkste Partei bevorteilt. Im Bundestag hat meistens keine Politikpartei die Mehrheit.

Für die Wahl des Bundeskanzlers ist eine Koalition nötig.¹³ „*Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.*“¹⁴ Diese Situation passierte nur einmal und zwar wenn Helmut Kohl im Jahr 1982 Helmut Schmiel im Kanzleramt ersetzte.

Ein Unterschied zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem Ministerpräsident in Britannien ist auch das, dass die Macht des Bundeskanzlers ist begrenzt oder ausgeglichen durch drei wichtige Institutionen. Die Erste ist der Bundesrat, der die Oberkammer des deutschen Parlaments bildet und der die einzelnen Bundesländer repräsentiert. Die zweite

¹⁰ GRUNDGESETZ FÜR BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, VI. DIE BUNDESREGIERUNG, ART. 65, S. 16., [zit. 2014-11-26]

¹¹ Fakta o Německu: *Politický systém*. [online]. [zit. 2014-11-26]. WWW: <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/cz/politicky-system/main-content-04/spolkovy-kancler-a-spolkova-vlada.html>

¹² SARTORI, Giovanni: *Srovnávací ústavní inženýrství*. SLON, Praha 2001, S. 112., [zit. 2014-11-26]

¹³ Fakta o Německu: *Politický systém*. [online]. [zit. 2014-11-26] WWW: <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/cz/politicky-system/main-content-04/spolkovy-kancler-a-spolkova-vlada.html>

¹⁴ Grundgesetz für Bundesrepublik Deutschland: VI. Die Bundesregierung, ART. 67. [online]. [zit. 2014-11-26]. WWW://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_06/245136

wichtige Institution ist Bundesverfassungsgericht und die Institution ist Bundesbank. Nach der Verfassung hält der Bundeskanzler nicht ganz in seinen Händen die Macht, aber sein „leadership“ ist gestreut.¹⁵

Wir können trotzdem über die Kanzlerregierung als Kabinetregierung sprechen, obwohl die bestimmenden Prinzipien die Beziehungen und die Relation der Macht in der Regierungskoalition sind und wichtig ist auch die Position des Bundeskanzlers in seiner Partei.¹⁶ In meisten Fällen ist der Kanzler auch der Vorsitzende seiner Partei. Er kann verschiedene politische Vorhaben seiner Partei durchsetzen, jedoch der Vorsitz des Kanzlers ist nicht die Regel. Zum Beispiel Helmut Schmidt war nie der Vorsitzende von SPD und Gerhard Schröder beendet seine Arbeit im Amt des Vorsitzenden, wenn er ausgewählt wurde.¹⁷

Die Verfassung von BRD gibt dem Bundeskanzler das Recht die Grundlinien der Politik zu bestimmen. „*Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.*“¹⁸

2. Politisches Profil Angela Merkel

Angela Dorothea Kasner ist am 17. Juli 1954 in der Stadt Hamburg geboren. Sie besuchte die Goethe-Schule in Templin, dann dort auch die Erweiterte Oberschule, wo sie im Jahr 1973 Abitur ablegte. „*Im gleichen Jahr begann ich mein Studium der Physik in Leipzig. Die Naturwissenschaften waren meine Sache, auch weil sich die DDR-Führung in Naturgesetze wenig einmischen konnte.*“¹⁹

¹⁵ NICLAUSS, Karlheinz: *The Federal Government: Variations of Chancellor Dominance*. In: HELMS, Ludger: *Institutions and Institutional Change in the Federal Republic of Germany*. Macmillan Press 2000, S. 69

¹⁶ ebenda S. 69

¹⁷ LEBENDIGES MUSEUM ONLINE. *Helmut Schmidt* [online]. [zit. 2015-02-18]. WWW:<http://www.hdg.de/lemo/biografie/helmut-schmidt.html>

¹⁸ Grundgesetz für Bundesrepublik Deutschland: VI. *Die Bundesregierung*, ART. 65. [online]. [zit. 2015-02-18]. WWW:http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_06/245136

¹⁹ MERKEL, Angela. *Angela Merkel*. [online]. [zit. 2014-11-18]. WWW: <http://www.angela-merkel.de/pers%C3%B6nlich.html>

Nach dem Abitur begann Angela am Zentralinstitut für Physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften im Berlin arbeiten und legte hier im Jahr 1986 ihr Doktorprüfung in Physik ab.²⁰

Der Umbruch kam im Jahr 1986, der Angela Merkel wegen ihrer Promotion und wegen ihres erhöhten Interesses für die Politik wichtig war. Merkels politisches Engagement begann nach der friedlichen Revolution 1989, als sie sich entschied, im Demokratischen Aufbruch mitzuwirken.²¹ Über den Fall der Mauer sagte sie später: „*Was ich damals gefühlt habe, dafür kann ich keine Worte finden. Es war schier unfassbar!*“²²

Im Jahr 1990 war sie enttäuscht, dass die freien Wahlen schlecht gelangen und ihre politische Partei das Minimum der Stimmen bekam. Sie empfing also die Verbindung der DA mit der ostdeutschen Christlich-Demokratischen Union. Dank dieser Verbindung wurde Merkel das vollberechtigte Mitglied der CDU. Im Jahr 1990 wurde sie zur Parlamentarierin des Bundestages gewählt und sie wurde die Stellvertreterin der Pressesprecherin im Kabinett von Lothar de Maiziere.

Die Regierung der CDU/CSU mit Helmut Kohl gab Merkel eine Chance als die Bundesministerin für die Frauen und die Jugend zu arbeiten. In dieser Funktion blieb Merkel bis 1994. Zum Jahresende wurde sie zur Vizepräsidentin der CDU ernannt und bis zum Schluss des Jahres 2000 arbeitete sie als die Vizepräsidentin der CDU in Mecklenburg-Vorpommern. Im Kabinett Kohl wurde sie zur Ministerin für den Umweltschutz, für den Naturschutz und für die Reaktorsicherheit 1994-1998 gewählt. Im Jahr 1998 verlor die CDU die Bundeswahlen, also die Partei war gezwungen um die Regierung der SPD zu lassen. Merkel verlor logisch ihre Ministerstellung und sie konnte sich den parteilichen Aktivitäten widmen.

Ihre Bemühung lohnte sich und im November 1998 wurde sie dank dem Vorschlag von dem Bundesminister Wolfgang Schäuble zur Generalsekretärin der CDU ernannt, wo sie bis April 2000 wirkte. Ihre Karriere in der CDU fing anzusteigen an. Gut für Merkel war die Affäre gegen die Geschenke für ihre Partei. Wegen dieser Affäre mussten Kohl und sein

²⁰ Angela Merkel. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW: [://www.angela-merkel.de/pers%C3%B6nlich.html](http://www.angela-merkel.de/pers%C3%B6nlich.html)

²¹ Vgl. Langguth, G.: *Angela Merkel*, München 2005, S. 112

²² Bundeskanzlerin: *Im Porträt*. [online]. [zit. 2014-11-19].

WWW:[://www.bundesregierung.de/Webs/BKIn/DE/AngelaMerkel/Portrait/portrait_node.html#sequence-2](http://www.bundesregierung.de/Webs/BKIn/DE/AngelaMerkel/Portrait/portrait_node.html#sequence-2)

Nachfolger Schäuble von der CDU zurücktreten. Zwei Jahre später übernahm sie das Amt der Parteivorsitzenden. Als CDU-Parteivorsitzende ist Merkel bis heute tätig.²³

Im Jahr 2002 musste Merkel auf ihre Kandidatur wegen der Kandidatur von Edmund Stoiber verzichten. Merkel festigte ihre Position wieder, dass sie die Vorsitzende der Bundesfraktion von der CDU/CSU wurde. Im Jahr 2005 ersuchte Schröder den Bundestag um das Aussprechen des Vertrauens. Im September waren in Deutschland die vorzeitigen Wahlen, wo Merkel die Wahlen gewann. Dank der Situation nach den Wahlen war es nötig die Große Koalition mit der SPD abzuschließen. Beide großen Parteien wollten die Position des deutschen Bundeskanzlers, aber die SPD gab schließlich nach und Angela Merkel wurde die Bundeskanzlerin Deutschlands. Die SPD wollte mehr Mandate.²⁴

Die nächsten Bundeswahlen waren in Deutschland im September 2009. In diesen Wahlen gewann die CDU/CSU wieder und Merkel konnte weiter in der Position der Bundeskanzlerin bleiben. Nach den Wahlen änderte sich die Struktur der deutschen Regierung. Die CDU/CSU ist nicht mehr in der Großen Koalition, aber sie stellte die Regierung mit der FDP zusammen.²⁵

Nach dem Fall des Kommunismus begann sich Angela mit der Politik beschäftigen. Im Jahr 1990 wurde sie als Ministerin im Bundestag gewählt. Ein Jahr später wirkte sie als Bundesministerin für Frauen und Jugend. Im Jahr 1994 wurde ihr von Helmut Kohl Umweltschutzministerium zugewiesen.²⁶ 1998 verlor Merkel die Wahlen aber sie bestätigte sich als Generalsekretärin ihrer Partei, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU). Hier blieb zwei Jahren.²⁷ Im Jahr 1999 brach ein großer Skandal aus, wegen den Geschenken, die ihre Partei bekam, distanzierte sich Merkel von Kohl und auch von Wolfgang Schäuble. Angela Merkel wurde nachfolgend die Vorsitzende der CDU gewählt. In den Wahlen im Jahr 2005 wurde Angela als Vertreterin der CDU auf Kanzlerin nominiert. Das letzte Ergebnis war wirklich eng. CDU/CSU gewann 35,3% von Stimmen. Es war nur um 1,1% mehr als SPD. In dieser Situation beanspruchten beide Parteien die Stellung des Kanzlers.²⁸ „Nach sechswöchigen Verhandlungen einigen sich CDU/CSU und SPD auf eine

²³ MERKEL, Angela. *Angela Merkel*. [online]. [zit. 2014-11-18]. WWW: <http://www.angela-merkel.de/pers%C3%B6nlich.html>

²⁴ Angela Merkelová. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW: <http://www.financnici.cz/angela-merkelova#cv>

²⁵ ebenda

²⁶ Angela Merkelová. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW: <http://www.financnici.cz/angela-merkelova#cv>

²⁷ Die Bundeskanzlerin: *Im Porträt*. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW:

http://www.bundesregierung.de/Webs/BKin/DE/AngelaMerkel/Portrait/portrait_node.html#sequence-2

²⁸ Angela Merkelová. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW: <http://www.financnici.cz/angela-merkelova#cv>

Große Koalition unter Führung von Angela Merkel und am 22. November 2005 wurde sie im Deutschen Bundestag mit 397 Stimmen zur Bundeskanzlerin gewählt.“²⁹

Am 22. September 2013 fanden die nächsten Wahlen im Bundestag statt. Die CDU/CSU gewann mit der Überzahl der Stimmen. Im Gegenteil die FDP kam nicht überraschend im Bundestag. Angela Merkel bekam ihr drittes Mandat und ihre Funktionszeit sollte in der Standardzeit bis 2017 dauern.³⁰

3. Die politische Situation vor den Wahlen

Die innerstaatliche Situation sah nicht gut vor den vorzeitlichen Wahlen an. Es schien, dass der soziale Staat alle seine Möglichkeiten zehrte auf. Es war nötig das ganze Sozialsystem zu reformieren. Die Arbeitslosigkeit erreichte gegen 11%. Der Aufschwung der Unternehmung komplizierten die unflexiblen Gesetze und die Vorschriften. Die deutschen Firmen verloren die Konkurrenzfähigkeit.

Im Jahr 2005 wurde der Wirtschaftszuwachs von eins Prozent gewartet. Die Ökonomik wartete auf die Erholung, die die Belebung auch in der Eurozone mitgebracht hätte. Deutschland verstieß gegen die Kriterien für die Währungsunion, die das Jahresbudgetdefizit in Höhe von 3% BIP erlauben. Deutschland verstieß gegen die Regeln, die Deutschland in den 90. Jahren durch setzte. Also in der Zeit, als Deutschlands Wirtschaft prosperierte.³¹

Die Einwohner von Westdeutschland behaupteten, dass die Ursache der schlechten Wirtschaftssituation die Vereinigung von Deutschland ist.³² In den Vorwahldebatten sprachen die Leader der Parteien über die Reformen. Gerhard Schröder behauptete, dass man warten muss, als seine Reformen (Harz IV.) den Nutzen bringen anzufangen. Angela Merkel wollte die Reformen beschleunigen.³³

²⁹ Die Bundeskanzlerin: *Im Porträt*. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW:

http://www.bundesregierung.de/Webs/BKin/DE/AngelaMerkel/Portrait/portrait_node.html#sequence-2

³⁰ JEDLIČKA, Petr. *Deník Referendum: Volby v Německu 2013 - výsledky a zajímavosti* [online]. 2013 [zit.

2015-03-13]. WWW: <http://denikreferendum.cz/clanek/16461-volby-v-nemecku-2013-vysledky-a-zajimavosti>

³¹ SLÁDEK, J. *Němci rozhodovali o tempu ekonomických reforem*. S. 14-16.

³² ebenda

³³ BERTRAM, Ch. *Merkelová bude k cizině vřelejší než Schröder*. *Hospodářské noviny*, 25.10.2005.

4. Erste Regierungszeit von Angela Merkel 2005-2009

4.1 Die Wahlen

Im Jahr 2005 erklärte der deutsche Präsident Horst Köhler die vorzeitigen Wahlen in den Bundestag, die sollten am 18. September sein. Die Wahlen wurden wegen des Aussprechens des Misstrauens nach dem Plan von Schröder erklärt, der damit seine Pläne erreichen wollte. Zum Beispiel – die Gesundheitsreform und die Reform im Bereich des Arbeitsmarktes. Aber die Hauptsache ist Wiedervereinigung von der SPD und die Verhüttung der Konsolidation von der linksorientierten Partei – Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) und von der postkommunistischen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Für diese Handlung entschied sich Schröder aufgrund des Misserfolgs in den Landeswahlen, vor allem am 22. Mai 2005 im Nordrhein-Westfalen.³⁴

Dank dieser Situation war ein Ungleichgewicht im Bundesrat aber auch im Bundestag wegen der Vertretung von der rot-grünen Koalition, also die Verbindung der CDU/CSU und der FDP konnte jedes vorgeschlagene Gesetz blockieren. Der deutsche Präsident musste seine Entscheidung über die Verkündigung der vorzeitigen Wahlen öfters begründen und verteidigen. Nach dem Verfassungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird es im Artikel 68 vorausgesetzt, dass man das Vertrauen zur Abstimmung bringen kann, wenn es eine politische Spannung zwischen der Regierung und dem Bundestag gibt. Es könnte nicht das Vertrauen zur Abstimmung bringen, wenn es eine politische Spannung zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat gibt. Deshalb begannen die Stimmen der Abgeordneten und der Öffentlichkeit zu schallen, dass das Vertrauen zur Abstimmung zum Misstrauen der Politik und zur Geringschätzung der Verfassung führt. Ganze Sache kam zum Verfassungsgericht und dieses Gericht entschied zugunsten des Präsidenten und die Wahlen konnten anfangen.

Die Grundthemen der vorzeitigen Wahlen waren die Gesundheits- und die Pensionsversicherung, die Steuerpolitik, die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Reform des Arbeitsmarktes. Das nächste heiße Thema war die Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Türkei und die Beziehung zwischen Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Meinungen der politischen Parteien waren bezüglich des Eintritts von der Türkei in die EU unterschiedlich – Die Grünen und die SPD ziemlich unterstützen, aber die

³⁴ HARTMANOVÁ, Lenka. *Institut pro evropskou politiku EUROPEUM* [online]. 17.8.2005 [zit. 2014-10-14]. Předčasné volby v Německu. WWW: <http://www.europeum.org/disp_article.php?aid=787>.

CDU/CSU den Eintritt der Türkei ablehnen. Die FDP stimmen die CDU/CSU zu, aber sie würden nicht an der engeren Beziehung zwischen der Türkei und die Europäische Union hindern. Die nächste Kritik steuerte auf Schröders enge Beziehungen zu Frankreich zu, die die anderen Staaten ängstigten, welche sich vor der deutsch- französischen Vorherrschaft der Europa fürchteten. Diese Partnerschaft bedrohte die Beziehung von Deutschland mit den USA, darum legten diese Parteien in ihren Vorwahlkampagnen den Nachdruck auf die Wiederaufnahme der transatlantischen Beziehungen.

Diese antagonistischen Parteien leiteten die Kampagne ein, die auf die Kritik und die Verhöhnung der anderen Partei standen. Die SPD, am Kopf der Partei mit Schröder, schickte die roten Buse mit dem Slogan „Merkelsteuer, das wird teuer“³⁵ in die Straßen. Die CDU/CSU hatten die Kampagne im amerikanischen Stil. Das Hauptmotiv war das Bild von Stoiber³⁶ in eine kleine Arena, die von seinen Anhänger voll war, wo jeder von ihnen in seinen Händen das Fähnchen mit dem Slogan „Gerd ist vorbei“³⁷ hielt. Die Kampagne sollte auch Fernsehduelle von Schröder und Merkel enthalten, um die Merkel einen großen Bogen machen wollte, weil sie Schröders rhetorische Kunst vor den Fernsehkameras kannte. Die SPD ging in die vorzeitigen Wahlen ohne seinen Alliierten (Die Koalition mit den Grünen war in der Zukunft unklar). Die CDU/CSU rechnete mit der Koalition mit der FDP, wenn sie gewinnen würde.

Es, was in diese Vorwahlkampagne interessant war, war Fakt, dass Deutschland in diese Kampagne die frühere Verteilung des Landes in Westdeutschland und Ostdeutschland wieder empfand. Dank der unterschiedlichen Kultur galt es bei den politischen Hauptvertretern eine Überzeugung in dem östlichen Teil des Landes, dass sie dank befriedigen Präferenzen im Osten eine unterschiedliche Kampagne führen müssen. Dieses Verfahren wurde aber verworfen, weil die Politiker darüber entschieden, dass zwei unterschiedliche Kampagnen, die mit einer Partei zusammenhängen, das Misstrauen zwischen den Wählern fanden. Angela Merkel war nicht im Osten populär, weil sie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes ablehnen wollte. Die Partei wollte die Wähler mit der Losung gewinnen: „Die Zustandsbesserung

³⁵ HARTMANOVÁ, Lenka. *Předčasné volby v Německu*. [online]. 2005, S. 1 [zit. 2015-03-12]. WWW:<http://www.euractiv.cz/evropa-dnes0/clanek/pedasn-volby-v-nmecku>

³⁶ ist ein deutscher Jurist und Politiker (CSU). Von Mai 1993 bis September 2007 war er Ministerpräsident des Freistaates Bayern und von 1999 bis 2007 Vorsitzender der CSU. Seit 2007 ist er Ehrenvorsitzender der CSU.

³⁷ HARTMANOVÁ, Lenka. *Předčasné volby v Německu*. [online]. 2005, S. 1 [zit. 2015-03-12]. WWW:<http://www.euractiv.cz/evropa-dnes0/clanek/pedasn-volby-v-nmecku>

ganzes Deutschlands bedeutet die Besserung im Osten.“³⁸ Die SPD wählte eine reaktive Kampagne gegen die CDU/CSU im Osten aus und diese Partei bemühte sich darum, dass sie die Wähler auf die Verschlimmerung der sozialen Situation von den Einwohnern hinwies, wenn die CDU/CSU und die FDP die Wahlen gewonnen hätten.

Die Wählerstimmen der ostdeutschen Wähler waren bis die Wahlen unklar, man wusste nicht, welche Partei gewinnt.³⁹ Zu den deutschen Parlamentswahlen kam es gegen 42% der Bevölkerung (62 Millionen Wähler). Die Siegerpartei der Parlamentswahlen wurde die CDU/CSU-Koalition, die 35,2% der Stimmen hatte. Schröders SPD endet auf der zweiten Stelle und sie hatte 34,2% der Stimmen. Den Rest der Wahlstimmen bekamen die FDP, die PDS-WASG-Koalition und die Grünen. Diese Parteien gewannen nicht einzeln mehr als 10% der Stimmen. Es ist klar, dass wir aus dem Ergebnis der Wahlen wissen, dass die Parlamentswahlen mit dem Pakt endeten, weil keine Partei nicht fähig war, die Mehrheit mit ihrem kleineren Koalitionspartner zu bilden. Nach der Verkündung der Ergebnisse erklärten sich beide Parteien (die CDU/CSU und die SPD) für die Sieger der Wahlen und die beiden Parteien bemühten sich um die Zusammenstellung der Mehrheitskoalition.

Ein paar Tage nach den Wahlen erklärte Merkel, dass die CDU/CSU keine Minderheitsregierung mit der FDP zusammenstellen will. Es bot eine Alternative an und zwar die Verhandlung mit den Grünen, wo eine liberalkonservative Regierung von der CDU/CSU, der FDP und der Grünen hätte entstanden. Diese Möglichkeit war aber nicht erfolgreich und Merkel musste eine andere Lösung suchen. *„Es ist nötig für die Einwohner die stabile Regierung aufzustellen. Das ist die Aufgabe, mit der wir beauftragt sind. Die CDU/CSU ist die stärkste Partei und ich nehme diese Beauftragung an,“* sagte die Vorsitzende der CDU Angela Merkel.⁴⁰

Etwa 10 Tage nach den Wahlen begann sich ein mögliches Abkommen zwischen der CDU/CSU und der SPD zeigen. Schröder wertete allmählich seine Anforderung an den Kanzlersitz um, aber es bedeutete nicht, dass andere Vertreter der Partei auch auf diesen Gedanke verzichteten. Die SPD war bereitwillig seinen Ansprüchen im Interesse der politischen Stabilität von Deutschland zu entsagen. Die beiden Parteien begannen ahnen, dass nur eine einzige annehmbare Lösung die Entstehung der Großen Koalition ist. Dann folgten

³⁸ ebenda

³⁹ ebenda

⁴⁰ IDNES.CZ, REUTERS a ČTK. *Volby v Německu těsně vyhrála opozice.* [online]. 2005, S. 1 [zit. 2015-03-12]. WWW: http://zpravy.idnes.cz/zahranicni.aspx?r=zahranicni&c=A050918_182047_zahranicni_kot

die Termine der Leader und am 10. Oktober 2009 verabschiedeten die SPD und die CDU Personalzusammensetzung der neuen Regierung und sie bestätigten Angela Merkel im Kanzleramt.⁴¹

4.2 Europäische Politik der Großen Koalition

Die Regierungszeit der Großen Koalition begann am 22.11.2005. In der Geschichte der BDR war es nur die zweite Große Koalition.⁴² Die Kanzlerin Angela Merkel brachte ein paar Stereotype durch. Sie gilt als die erste Frau im Amt der Bundeskanzlerin, die früher in der inneren Politik profilierte. Ihr politischer Stil war am Anfang unklar, sie sollte sich erst in den kommenden Monaten und Jahren zeigen.

Die europäische Politik war wieder ein Randthema des Vorwahlkampfes, weil alle Parteien auf das Thema – Europa die gleiche Meinung haben. Alle politischen Parteien behaupten, dass die europäische Integration eine Grundrolle im deutschen staatlichen Interesse spielt. Die unterschiedlichen Meinungen sind nur in den konkreten Fragen.⁴³ Die Anwesenheit der europäischen Integration zwischen den Vorwahlthemen war auch darum, dass die europäischen Politiker sich nicht bei der Entscheidung über der europäischen Verfassung auf Möglichkeit vorbereiteten. Also diese Verfassung wurde abgelehnt und die Politiker arbeiten keinen Plan „B“ aus.⁴⁴ Man kann feststellen, dass die EU ein unübersichtliches Gebiet in der Zeit der Vorwahlkampagne war, weil man die Vorwahlthemen hier schwer finden konnte.

Man kann beim gründlicheren Studium der Vorwahlmaterialien feststellen, dass die Problematik der europäischen Integration nur scheinbar ist. Man legt hier den Nachdruck auf die Notwendigkeit der Belebung von der deutschen Wirtschaft und auf die Reformen des sozialen Staats. Und diese Sachen haben einen wichtigen Einfluss auf das Funktionieren des einheitlichen europäischen Marktes, auf das Funktionieren der Einheitswährung und auf das Funktionieren der Finanzierung von den gemeinsamen Politiken. Die innenpolitischen Themen mit den europäischen Fragen hängen eng zusammen.⁴⁵

⁴¹ IDNES.CZ. SPECIÁL: *Německé volby 2005*. [online]. 2005, S. 1 [zit. 2015-03-12]. WWW :http://zpravy.idnes.cz/special-nemecke-volby-2005-0wu-/domaci.aspx?c=A050912_170020_prilohy_miz

⁴² BUKOW, S. [Hrsg.] (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009*. S. 228

⁴³ MAHRHOLD, H. (2006). *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*. S. 3

⁴⁴ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten* In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 270

⁴⁵ MAHRHOLD, H. (2006). *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*. S. 4

Die SPD, die bis in dieser Zeit regierte, blieb. Ihr Vorsitzende Frank-Walter Steinmeier bekam die Stellung des Außenministers und die Stellung des Vizekanzlers. Einige funktionierende institutionelle Strukturen blieben auch wie zum Beispiel Europaabteilung (eine Abteilung in der EU im Rahmen des Kanzleramtes).⁴⁶

Einige Meinungsverschiedenheiten zwischen Angela Merkel und Gerhard Schröder waren trotzdem gut bekannt und besonders durch die zweite Wahlzeit wurden sie gelöst.⁴⁷ Hier ist es wichtig vor allem die Frage zu nennen, die den Eintritt der Türkei in die EU betrifft. Merkel wollte nicht, damit die Türkei in die EU tritt ein. Schröder stimmte zu. „*Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sollten als „eine privilegierte Partnerschaft“ funktionieren, aber die Mitgliedschaft der Türkei in der EU geht es nicht.*“⁴⁸ Merkel setzte sich für die kleine Staaten ein. Sie wollte die näheren Beziehungen zwischen den kleinen neuen Mitgliederstaaten und zwischen der EU. Sie kritisierte Schröders Präferenzen für die wichtigsten europäischen Staaten wie war Frankreich.⁴⁹ Als sie in der Opposition als das Mitglied der Europäischen Volkspartei tätig war, half sie bei der Wahl von José M. Barrosa in das Amt des Präsidenten von der Europäischen Kommission.⁵⁰

Merkel war schon vor den Wahlen in der europäischen Politik sehr aktiv, was für sie ein großer Vorteil bedeutete. Sie wusste wie auf EU-Ebene agieren sollte. Es bedeutete, wenn sie wählen würde, kommt „keine Phase des Lernens“. Im Unterschied zu Schröder unterstützte Merkel die EU und stimmte sie zu. Bevor Schröder gewählt wurde, hatte er seine Zweifel über die europäische Währungsunion gezeigt. Die unterschiedliche Einstellung der beiden Politiker war auch zu den USA. Es zeigte sich, als der Krieg in Irak fing an. Schröder wollte die USA folgen. Angela Merkel bekennte sich zu den Pflichten der BDR, die sich aus den Bündnisverpflichtungen ergeben.⁵¹ Große Koalition wollte die unterschiedlichen Meinungen zwischen der CDU/CSU und der SPD unterdrücken.

⁴⁶ ist zuständig für den laufenden politischen Dialog mit allen EU-Mitgliedstaaten und federführend bei der Konzeption, Gestaltung und Koordinierung der Europapolitik der Bundesregierung.

⁴⁷ BUKOW, S. [Hrsg.] (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009*. S. 228

⁴⁸ HOSPODÁŘSKÉ NOVINY. *Merkelová chce s Turky jednat o vstupu do EU. Ankara trvá na plnohodnotném členství*[online]. 2012, 1. 11. 2012 [zit. 2015-03-16]. WWW: <http://zahranicni.ihned.cz/c1-58234160-merkelova-chce-s-turky-jednat-o-vstupu-do-eu-ankara-trva-na-plnohodnotnem-clenstvi>

⁴⁹ BUKOW, S. [Hrsg.] (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009*. S. 228

⁵⁰ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten* In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 257

⁵¹ MAHRHOLD, H. (2006). *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*. S. 4-5

4.1.2 Das Konzept der europäischen Politik von der Großen Koalition

Die Kontinuität in der europäischen Politik ergibt sich aus der Regierungserklärung der Koalitionspartner.⁵² Dieser Erklärung bestätigt die Grundlinie der vorigen Regierung in der Politik. In der Ökonomie beschäftigt sich die Erklärung mit den Finanzausschüssen in die EU. Es wird bestimmt, dass die Zuschüsse nicht höher als 1 % MwSt. sein können. Die Erklärung zieht nicht den Landwirtschaftskompromiss in Zweifel aus Oktober 2002. Das Ziel dieser Kompromiss ist die Behebung der Bürokratie und man legt den Nachdruck auf die deutsch-französische Mitarbeit. Die deutsch-französische Mitarbeit ist für die europäische Integration immer wichtig. Die BDR will auch der Partner der kleinen Staaten sein. In dieser Partnerschaft will die BDR „*Vermittler und Ausgleichsfaktor*“ werden. Die Große Koalition unterstützt auch die Länder des Mittel- und Osteuropas, aber Gerhard Schröder stimmt nicht dieser Meinung zu. „*Die deutsch-französische Zusammenarbeit bleibt als wichtiger Impulsgeber unverzichtbar und wird den Interessen unserer Partner in der Europäischen Union gerecht werden. Daneben wollen wir besonders der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und den neuen Mitgliedstaaten neue Qualität und Intension geben.*“⁵³ Der Koalitionsvertrag unterstützt die Handlung über den Eintritt des Kroatiens in die EU und der Vertrag würde die anderen Staaten des Westbalkans begrüßen.

Die kompliziertere Situation kommt im Falle der Türkei vor. Der Anfang der Verhandlung ist überraschend, weil Angela Merkel sich zum Eintritt der Türkei in die EU negativ stellte. Der Vertrag ist in diesem Fall unklar und bietet viele Ausnahmen an. „*Die am 3. Oktober 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt.*“⁵⁴ Die Erklärung hinweist auf die Beachtung aller vier Kopenhagener Kriterien. Man legt den Nachdruck auf die Freiheit und auf die Fähigkeit der Union die neuen Mitglieder annehmen. „*Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und*

⁵² WGL. *Gemeinsam für Deutschland - Mit Mut und Menschlichkeit*. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. 11. 2005. [online], WWW: http://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/05_11_11_Koalitionsvertrag_Langfassung_navigierbar_0.pdf?file=1&type=node&id=1100 >. S. 146-151.

Die gewählten Teile des Vertrags sind als Anlage 1

⁵³ .Wgl.:*Gemeinsam für Deutschland - Mit Mut und Menschlichkeit*, S.148

⁵⁴ Ebenda S. 151

*ganz einzuhalten, muss die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.*⁵⁵

Bukow beschreibt den Charakter der Regierungserklärung im Rahmen der europäischen Politik sehr gut. Man muss die Abkommen annehmen, so wie die vorige Regierung sie schlossen. „*Pacta sunt servanda.*“ Die Euro-atlantischen Beziehungen sind in der Regierungserklärung charakterisiert wie ein Grund der deutschen Auslands- und Sicherheitspolitik in der Beziehung zu den anderen Staaten und zu den anderen Regionen. Die deutsche Auslands politik wird an dem Multilateralismus gegründet.⁵⁶

4.1.3 Die Realisation der europäischen Politik von der Großen Koalition

Als die Große Koalition an der Macht war, war die EU in einer Krisenentwicklung. Die gemeinsame Auslands- und Sicherheitspolitik wegen des Kriegs in Irak gedämpft war. Die Meinungen der EU teilten sich in zwei unterschiedliche Gegenpole. Der Prozess der EU-Erweiterung hielt an. Die Union verlor das Vertrauen seiner Bürger. Die Bürger nehmen die Union als eine abstrakte und fremde Zusammenstellung wahr.⁵⁷

Große Koalition musste sich zuerst von einem Eindruck befreien, dass sie nur ihre Interessen bevorzugt. Dann konnte die BDR „die Rolle des Motors von der europäischen Integration“ übernehmen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte er im Jahr 2005. Das positive Ergebnis in der Situation, die man für auswehlos hielt, änderte die Wahrnehmung der BDR in dem europäischen Kontext. Deutschland wurde die führende Macht, die ihre Partner verband.⁵⁸

Der folgende Text enthält zwei Studien, die habe ich zur Analyse der europäischen Politik von der Großen Koalition gewählt.

4.1.1.1 Der Vertrag über die Verfassung für Europa

Die Kontinuität in der europäischen Politik, als Angela Merkel das Kanzleramt an trat, kam zum Ausdruck im Zusammenhang mit sog. Verfassung für Europa. Angela Merkel stimmte diesem Dokument schon im Frühling 2005 zu. Die Meinungen der Koalition und der

⁵⁵ Ebenda S. 151

⁵⁶ BUKOW, S. [Hrsg.] (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009.* S. 231

⁵⁷ BUKOW, S. [Hrsg.] (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009.* S. 232

⁵⁸ Ebenda

Opposition unterschieden sich nicht. Die Meinungen waren immer gleiche, obgleich die Referenden im Frankreich und in den Niederlanden den Vertrag lehnten ab.⁵⁹

Diese Tatsache war auch in dem Koalitionsvertrag. *„Wir stehen zum Europäischen Verfassungsvertrag [...] Deshalb treten wir dafür ein, die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages über das erste Halbjahr 2006 hinaus fortzuführen und unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 neue Anstöße zu geben.“*⁶⁰

Die BDR sollte sich nachdenken, wohin sollte sich die EU entwickeln. Die BDR musste verschiedene Lösungen der Anstaltskrise anbieten und musste auch einen konkreten Plan ausarbeiten. Es war eine schwere Aufgabe für den deutschen Vorsitz im Rat der EU in der ersten Hälfte des Jahres 2007. Frankreich bekam Mandat im Jahr 2008 und sollte in diesem Plan fortfahren. Er ist ersichtlich, dass die verlaufende Krise in der Union sehr ernst war. Diese Krise sollte *„den deutsch-französischen Motor der europäischen Integration“* auflösen.

Die Bundesregierung bemühte sich um die Revision der europäischen Verfassung und sie orientierte sich für die Interessen der 18 Staaten, die dieses Dokument unterschrieben. Aber Angela Merkel äußerte sich über die konkreten Änderungen nicht mehr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet schreibt in ihrer Arbeit, dass es dank *„der Methode Merkel“* sein könne. Die Methode Merkel zeige sich allmählich im Laufe ihrer Regierung in der Innenpolitik und in der Auslandspolitik. Nach der Autorin zeige sich diese Methode so, dass die Kanzlerin die offenen Fragen lasse und dass Merkel sich nicht öffentlich zu den festen Folgerungen verpflichtete.⁶¹

Am Anfang des Jahres 2007 sah die Krise der EU wie eine unlösbare Krise aus. Auch Merkel verbarg nicht ihre Angst vor der Krise. Sie drückte sich aus, dass Herkules einen anderen Plan schaffen sollte.⁶² Wie es erwähnt wurde, waren die Erwartungen von Merkel *„riesengroß“*. Die BRD war dennoch erfolgreich. Während dem Jahr 2006 verlief in der EU eine intensive Diskussion über die Zukunft des Bundes. Das Hauptziel war den Bürgern die Union nahezubringen. Der Vorsitzende der Europäischen Kommission José Barroso sprach in diesem Zusammenhang *„ über den Plan D für die Demokratie, den Dialog und die*

⁵⁹ MAHRHOLD, H. (2006). *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*. S. 7

⁶⁰ *„Gemeinsam für Deutschland - Mit Mut und Menschlichkeit.“* Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. 11. 2005. S.148

⁶¹ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten* In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 274

⁶² Ebenda S. 277

*Diskussion.*⁶³ Als die BRD den Vorsitz im Rat der EU hatte, Merkel die Grundimpulse für die Belebung der Diskussion über den Vertrag gab.

Nach dem Plan der Bundesregierung kam die Belebung in zwei Phasen. Zuerst war es nötig die Politikstütze zu gewinnen. Dann folgten die rechtsverbindlichen Schritte. Berliner Deklaration,⁶⁴ die am 25.3.2007 unterschrieben wurde, repräsentierte die erste Phase. Berliner Deklaration wurde der Ausgangspunkt für die Belebung der Diskussion über die europäische Verfassung. Es handelt sich um ein Ideendokument, das den Willen der Europäer zu der Fortsetzung des Integrationsprozesses ausdrückt. Die EU sollte auf einem erneuerten Einheitsgrund im Jahr 2009 stehen. Das Dokument endet symbolisch: „...*denn wir wissen, dass Europa unsere gemeinsame Zukunft ist.*“⁶⁵

Am 26. Juni 2007 wurde das Ergebnis gekommen. Der EU-Rat bekam das ausführliche Mandat für die Regierungskonferenz, die im Herbst 2007 stattfand. Diese Konferenz ging zum Unterschreiben des Vertrags von Lissabon über.

4.1.1.2 Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Der Vorsitz im Rat der EU wird für den Höhepunkt der europäischen Politik von Angela Merkel und ihrer Großen Koalition gehalten. Es ging um den Vorsitz, der sehr gut vorbereitet war und diplomatisch geschafft wurde, obwohl man der Regierung von Merkel den ungenügenden Willen zu den Innovationen vorwerfen kann. Merkel hatte die positive Bewertung dank ihrer pragmatischen Handlung und sie war auch die erfolgreiche Vermittlerin. Die Bereitschaft der BRD zu den Kompromissen spielt auch die Grundsatzrolle. Aus diesen Gründen konnte die BRD optimal auf die aktuelle Stimmung in der EU reagieren und die gesetzten Ziele schaffen.⁶⁶

Das Programm des deutschen Vorsitizes in der EU heißt „*Europa gelingt gemeinsam.*“⁶⁷ Dieses Programm beschreibt, worauf die EU zustreben soll. Das Programm hat

⁶³ EUROPEAN COMMISSION. *Evropská komise zahajuje PLÁN D pro demokracii, dialog a diskusi* [online]. 2005 [zit. 2015-03-18]. WWW: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-05-1272_cs.htm?locale=en

⁶⁴ Berlínská deklaráce. *Euroskop* [online]. 25. 03. 2007, [zit. 2015-03-18]. WWW: www.euroskop.cz/gallery/2/735-berlinska_deklarace.pdf

⁶⁵ Ebenda

⁶⁶ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten* In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 270

⁶⁷ *Europa gelingt gemeinsam: Präsidentschaftsprogramm 1. Januar - 30. Juni 2007* [online]. Die Bundesregierung. [zit. 2015-03-23]. WWW: <http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf>

drei Pfeiler. Die wichtigste Aufgabe des deutschen Vorsitzes war die Belebung der Diskussion über die europäische Verfassung. Dieses Ziel bestimmte sog. die Drei (Deutschland, Portugal und Slowenien) schon im Dezember 2006 in ihrem Regierungsprogramm. Das Dokument wiederholt den EU-Rat aus dem Jahr 2006 und ergänzt: *„Die deutsche Präsidentschaft wird ausführliche Konsultationen mit allen EU-Partnern und den Organen der EU führen und mit Nachdruck darauf hinarbeiten, gemäß den Beschlüssen auf europäischer Ebene den Reformprozess der EU fortzusetzen[...]anschließend wird dem Europäischen Rat einen Bericht vorzulegen. Der Bericht soll mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen und als Grundlage für Beschlüsse dienen, wie der Reformprozess der EU fortgesetzt werden soll.*⁶⁸

Die anderen Themen des deutschen Vorsitzes, z.B. eine Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas, bzw. gemeinsame International- und Sicherheitspolitik haben einen breiteren Raum im Dokument und die BRD trägt Sorgen für die weitere Entwicklung dieser Themen.

Jetzt zeigt sich die wichtigste Aufgabe, die die BRD lösen sollte. Die Aufgabe ist wieder das Vertrauen der Bürger in die EU und das Vertrauen in die Zukunft der EU zugewinnen.⁶⁹

Die Ergebnisse, die Angela Merkel erreichte, übertrafen alle Erwartungen. Alles gelang dank der gründlichen Vorbereitung und dank der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.⁷⁰ Der Höhepunkt der deutschen Bemühung wurde die Berliner Erklärung aus dem März 2007. Die Handlung über den Vertrag endete am 19. März 2007, als die Gipfelkonferenz in Lissabon verlief. Der Vertrag von Lissabon wurde am 13. Dezember 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft in Lissabon unterzeichnet. Dank dem Ort, wo der Vertrag unterzeichnet wurde, wurde er als der Vertrag von Lissabon umbenannt. Nach den Komplikationen trat der Vertrag am 1. Dezember 2009 in Kraft. *„ Durch den Vertrag von Lissabon wurde die*

Die gewählten Teile sind in der Anlage 2

⁶⁸ Ebenda S. 4-6

⁶⁹ MARCHETTI, A.; ZIMMEK, M. (2007). *Weichenstellung für Europa: Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft*. In MARCHETTI, A.; ZIMMEK, M. *Annäherungen an Europa: Beiträge zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007*. S. 74

⁷⁰ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten* In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 277-279

*Europäische Union institutionell reformiert. Das Ziel des Vertrages ist es, die EU demokratischer, transparenter und effizienter zu machen*⁷¹

Die Präsidentschaft im Rat des Ministers war bisher der wichtigste Zeitpunkt in der europäischen Politik von Merkel. Die Kanzlerin zeigte ihre Prointegrationsstellung im Vergleich zu ihrem Amtsvorgänger G. Schröder.

Ich sollte erwähnen, dass Merkel erreichte nicht mehr den größeren Erfolg im Gebiet der europäischen Politik. Im Gebiet, mit dem sich diese Bachelorarbeit beschäftigt.

4.3 Die Bewertung der Großen Koalition

Die europäische Politik der Großen Koalition unter der Führung von Angela Merkel hatte den Prointegrationscharakter und der Charakter war auch kooperativ. Die BRD besetzte wieder ihre traditionelle Position in den euroatlantischen Beziehungen. Die Kanzlerin gewann das Zutrauen der Staaten von dem Mittel- und dem Osteuropa. Diese Staaten unterstützen meistens die USA. Die BRD wurde stark in Europa. Die BRD wurde ein Vertreter der EU. Deutschland war bei dem Verhandlung über das iranische Kernprogramm wichtig.⁷²

Die bedeutende Rolle spielt Merkel auch in der Erneuerung der Diskussion über die Zukunft der EU und in dem EU-Reformdokument. Die komplizierten Verhandlungen erschöpfte sich in dem Unterschrift und der Vertrag von Lissabon wurde in Kraft getreten.

Es gibt eine Frage, inwiefern diese gewählte Strategie (27 Staaten der EU in die Entscheidung einbeziehen) effektiv wurde. Angela Merkel kam der Regierungserklärung der Großen Koalition nach, die die Rolle der BRD als „*der Vermittler und der Ausgleichsfaktor*“⁷³ zwischen den großen und kleinen Staaten der EU definierte. Die europäische Politik der Großen Koalition und von Angela Merkel ist für die Ablehnung des Konzeptes „*Europa mit mehreren Geschwindigkeit*“ oder des Konzeptes „*der mehrstufige Integration*“ typisch.⁷⁴

⁷¹ BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG. *Der Lissabonner Vertrag auf einen Blick* [online]. 2009 [zit. 2015-03-23]. WWW: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43000/grafik-lissabonner-vertrag>

⁷² MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 298-301

⁷³ BUKOW, S. [Hrsg.] (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009*. S. 234

⁷⁴ „*Gemeinsam für Deutschland - Mit Mut und Menschlichkeit*.“ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. 11. 2005.

Der Regierungsstil der Kanzlerin besteht darin, dass Merkel zuhören kann, dass sie modernisieren will und dass sie abwarten und vermitteln kann. Die ausschlaggebenden Entscheidungen und die führenden Rollen werden den Anderen überlassen. Die Kanzlerin setzt ihre Ziele mit der kleineren Aufmerksamkeit durch, trotzdem ist sie meistens erfolgreich. Die ungenügende Führereinstellung hängt von der Situation in Europa zusammen. Die Partner wie Kaczynski und Nicolas Sarkozy würden die Führerrolle von Merkel schwer zugeben.

Das Regierungsende der Großen Koalition zeigte sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise.⁷⁵

Die erste Regierungszeit von Angela Merkel ist für die positive Stellung des Deutschlands zur europäischen Integration typisch. Man kann die Änderung im Stil der Durchführung der deutschen europäischen Politik beobachten. Merkel bevorzugte nicht so die Internationalinteressen aber zeigte auch, dass sie keine Anhängerin der unbegrenzten Europäisierung.⁷⁶ Merkel schaffte eine starke Position in der europäischen Politik und auch in der internationalen Politik gewinnen. Ihre Schlüsselrolle stieg noch, als die Weltfinanz- und Weltschuldenkrise fing an.

5. Zweite Regierungszeit von Angela Merkel 2009-2013

Die Ergebnisse der Wahlen, die am 27. September 2009 fanden statt, stärkten die liberale FDP und die Siegerpartei – die CDU/CSU konnte die Koalition mit dem kleinen, ideologisch näheren Partner machen. „*CDU/CSU und FDP können zukünftig gemeinsam regieren. Die SPD erzielte ihr schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt.*“⁷⁷ Angela Merkel erreichte die feste Position in ihrer Partei und ihre starken einflussreichen Gegner bedrohten sie nicht. Der wichtige Aspekt war auch, dass die Linke markant schwach war.⁷⁸ Der Koalitionsvertrag der CDU/CSU und der FDP, der sich Bildung, Wachstum, Zusammenhalt nennt, zielte seine Aufmerksamkeit auf die Überwindung der Finanz- und Schuldenkrise. Sie wollten die Steuer senken, sie wollten die Bankensicht stärken und die

⁷⁵ MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten In MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. S. 341-343

⁷⁶ HANDL, Vladimír (ed.): *Německo v čele Evropy? SRN jako civilní mocnost a hegemon eurozóny*. Praha 2011, s. 13

⁷⁷ Bundeszentrale für politische Bildung: *Bundestagswahl 2009*. [online]. 2009 [zit. 2015-03-14]. WWW:<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69308/bundestagswahl-2009-28-09-2009>

⁷⁸ MURSWIECK, Axel: *Angela Merkel als Regierungschefin und als Kanzlerkandidatin*. Politik und Zeitgeschichte 51/2009, S. 31.

Barrieren für die Investoren beseitigen.⁷⁹ „ Unser Ziel ist es, dass die Akteure auf den Finanzmärkten nicht wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen, wie sie vor der Krise zu beobachten waren. Die Einhaltung des europäischen Stabilitätspakts hat für uns Priorität. Gleiches gilt für die Wahrung der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.“⁸⁰ Das heißt, dass Vertrag in der europäischen Politik die Kontinuität der stabilen Unterstützung von Deutschland zur EU zeigt.

Als ein grundlegendes Prinzip sind die Regelungen und die Kontrollen aller Geschäftseinheiten, die sich in den Finanzmärkten bewegen und die die Finanzdienstleistungen leisten. Die Koalition wollte noch den Erscheinungen vorbeugen, die die Finanzstabilität bedrohen würden. Damit sollte die europäische Finanzinstitutssicht in den Bundesländern helfen. Die Koalition bestätigt ihre Unterstützung zum Pakt der Stabilität und des Wachstums. Dieses Dokument ist im Rahmen der europäischen Politik unbestimmt formuliert. Es bestimmt nur die Prioritäten und die Absichten der Bundesregierung, aber es bestimmt nicht die konkreten Verfahren.⁸¹

Im Laufe des Jahres 2009 nahm die Regierung die Maßnahmen an, die deutete die europäische Richtung an. Nach dem Krach von Lehman Brothers waren die ideologischen Parteiideen im Hintergrund. Es war die Stabilisierung der deutschen Ökonomik nötig. Es verlief auch die Enteignung der Aktien von einigen Teilhabern. Die Regierung wollte, damit die Banken unter ihre Kontrolle standen. Die Banken beherrschten die Krise nur dank der großen Finanzhilfe vom Staat. Die Regierung des Deutschlands einigte sich über den gesteuerten Kapitalismus.⁸² Im Laufe des Jahres 2009 wurden ein paar legislative Akten im Rahmen des Binnenhandels verabschiedet. Das Vorhaben dieser legislativen Änderungen war die Regulation und die Kontrolle der Finanzsubjekte.

Als die Finanz- und die Schuldenkrise kam, musste Deutschland der Garant der Eurozone werden.⁸³ In der ersten Regierungszeit von Angela Merkel war es klar, dass die Hauptpriorität die Rettung des europäischen konstitutionellen Vertrags ist. In der zweiten

⁷⁹ *Wachstum, Bildung, Zusammenhalt.: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP.* 2009. vyd. 2009, 132 s. WWW:

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile

⁸⁰ Ebenda S.52

⁸¹ BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG. *Bundestagswahl 2009* [online]. 2009 [zit. 2015-03-17]. WWW:<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69308/bundestagswahl-2009-28-09-2009>

⁸² POGUNTKE, Thomas: *Germany.* European Journal of Political Research, Vol. 51, No. 1/2012, S. 982.

⁸³ PATERSON, William E.: *The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union.* Journal of Common Market Studies, Vol. 49, Annual Review 2011, S. 65

Regierungszeit von Angela Merkel war nicht so klar, welche Vision die Kanzlerin hat. Die frühere Regierung (Große Koalition) musste den Vorsitz im Rat der EU führen und diese Tatsache trug die Verantwortung für die Regierungsprogramme und für die Ziele und für die Richtungen der EU. Die neue Regierung hatte nicht mehr den Vorsitz im Rat der EU, aber muss mehr als die frühere Regierung die ökonomische Krise lösen. Solche große Krise war zum letzten Mal in den 30 Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Wirtschaftskrise wollte die Regierung mit der Hilfe der Schuldenbremsen überwinden. Diese Schuldenbremsen sind im Gesetz. „*Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen.*“⁸⁴ Man erwartet von den Schuldenbremsen die Minderung der Staatschuld. Im Jahr 2009 war die Staatschuld gegen 1,7 Milliarden EUR und im Jahr 2010 machte fast 2 Billionen EUR.⁸⁵ Die Regierung nahm sog. Sparpaket an, oder der Plan, wie man bis 2014 mehr als 80 Milliarden EUR sparen soll.⁸⁶

Die Meinungsumfragen zeigten, dass die Unterstützung der EU zwischen den Bürgern der BRD abebbte.⁸⁷ Diese Entwicklung hat keinen Einfluss auf die Wahrnehmung der Kanzlerin. Die Bürger der BRD unterstützen Angela Merkel ihr Verfahren und ihre Sparmaßregel und auf die EU-Ebene.⁸⁸

Obwohl es schien, dass die Meinungseinheit der Regierung von der ideologisch nahen Koalition ohne die inneren Widersprüche wird, war es nicht die Wahrheit. Man kann sagen, dass die vorige Regierung der Großen Koalition nicht so oft in der Konfliktsituation war.⁸⁹ Die unterschiedlichen Meinungen der CDU/CSU und der FDP waren vor allem in den Gebieten der Gesundheitswesen und der Steuerpolitik. Diese Widersprüche überschritten nicht die Ebene der Inlandspolitik. Die Widersprüche auf die EU-Ebene fanden nicht die

⁸⁴ GRUNDGESETZ FÜR BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, ART. 109, ABS.[online] [zit.2015-03-17]. WWW: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_109.html (17.3.2015)

⁸⁵ STATISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND. *Öffentliche Schulden 2010 um 18% auf fast 2 Billionen Euro gestiegen*[online]. 2011 [zit. 2015-03-17]. WWW: <http://staatsverschuldung.de/destatis2011-02-21.pdf>

⁸⁶ LANDES ZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG. *Sparpaket der Bundesregierung* [online]. [zit. 2015-04-04]. WWW: <http://www.lpb-bw.de/sparpaket.html>

⁸⁷ EUROPEAN COMMISSION. *Eurobarometer 44 - Chapter 2* [online]. 1.2.2012 [zit. 2015-04-04]. WWW:http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb44/chap2_en.htm

⁸⁸ THE ECONOMIST. *Slow, but popular* [online]. 2012 [zit. 2015-04-04].

WWW:<http://www.economist.com/news/europe/21567937-angela-merkels-cautious-response-euro-crisis-backed-most-germans-and-her-party?zid=307&ah=5e80419d1bc9821ebe173f4f0f060a07>

⁸⁹ SAALFELD, Thomas: *Political Parties*. In: GREEN, Simon – PATERSON, William E. (eds.): *Governance in Contemporary Germany. The Semisovereign State Revisited*. Cambridge University Press 2005, S. 82

Parteien statt, trotzdem verliert die FDP die Wählerunterstützung in den Wahlen im Jahr 2013.⁹⁰

Die Rückkehr der FDP in die Höchstpolitik wird meistens als die Rückkehr des Einschlages von der Kampfkraft und von dem Nachdruck auf die Ideologie bewertet.⁹¹

Nach der Gründung der Koalition der CDU und der FDP fangen die Themen an, die eine große Diskussion auslösen. Es handelt sich um die Außenpolitik, die Finanzpolitik, die Personalfragen, der politische Stil usw. Im Gebiet der europäischen Politik und der Außenpolitik handelt es sich um die Mitgliedschaft der Türkei in der EU, wo man die unterschiedlichen Meinungen der Koalitionspartner beobachten kann.⁹²

5.1 Das Konzept der europäischen Politik der CDU/CSU und der FDP

Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition kommt aus den Gründen im Gebiet der europäischen Politik heraus, die die vorige Regierung legte.⁹³

Die Prioritäten der Kanzlerin bleiben und sie wird jetzt klar und voll formuliert. Die Koalition bekennt sich zu dem Vertrag von Lissabon: „*Mit dem Lissabon-Vertrag wird die EU demokratischer und handlungsfähiger.*“⁹⁴ Weiterhin wird der Nachdruck auf die Beziehungen mit den kleinen und mittleren Mitgliederstaaten der EU gelegt. „*Die EU ist stark, weil sich die Mitgliedstaaten unabhängig von ihrer Größe und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als ebenbürtige und gleichberechtigte Partner begegnen. Wir stehen dafür ein, dass die Berücksichtigung der Interessen auch der kleinen und mittleren EU-Mitgliedstaaten ein Markenzeichen deutscher Europapolitik bleibt.*“⁹⁵

Die Prioritäten ändern sich auch nicht im Beziehung zum Frankreich („*Das deutsch-französische Verhältnis ist in seiner Breite und Tiefe einzigartig und fördert maßgeblich die europäische Einigung.*“)⁹⁶ und zum Polen. Das Ziel ist die deutsch-polnische Freundschaft

⁹⁰ DENÍK REFERENDUM SVĚT. *Volby v Německu 2013 - výsledky a zajímavosti* [online]. 2013 [zit. 2015-04-04]. WWW: <http://denikreferendum.cz/clanek/16461-volby-v-nemecku-2013-vysledky-a-zajimavosti>

⁹¹ CAMMANN, A. „Spannender als Rot-Grün“. Gespräch mit Wolfgang Engler. *Zeit online: Schwarz-gelbe Koalition* [online]. 2009 [zit. 2011-01-04+]. WWW: <http://www.zeit.de/2009/43/Interview-Engler?page=1>

⁹² DITTRICH, D. (2009). *Die FDP und die deutsche Außenpolitik*. 1. Aufl. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam. S. 62

⁹³ *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt*. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Beschlossen und unterzeichnet am 26. Oktober 2009. [online] http://https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile > ANLAGE 3.

⁹⁴ Ebenda S. 114

⁹⁵ Ebenda

⁹⁶ Ebenda

und Mitarbeit vertiefen und die Möglichkeiten des Weimarer Dreieckes maximal zu erschöpfen. Die BRD wird sich der Wichtigkeit von den Verhältnissen mit ihren Mitgliedern bewusst.

Koalition der CDU und der FDP unterstützt die Bestrebung die europäische Bürokratie zu begrenzen. Der Koalitionsvertrag kommt aus der Bemühung um die größere Nähe und die größere Hilfsbereitschaft der EU zu ihren Bürgern heraus. Es wiederholt sich der Wille die deutsche Sprache wie eine Arbeitssprache in den europäischen Institutionen zu stärken und der Wille wird sich die Stärkung der deutschen Sprache in der Übersetzungspraxis und in der Vorbereitung der Dokumente erschienen. Im Wirtschaftsgebiet, d.i. vornehmlich in den Fragen des Gemeinmarktes und der Finanzierung der EU bestätigt die Koalition ihren liberalen Charakter. Den Nachdruck legt man auf die Qualität der Konkurrenz im einheitlicheren europäischen Markt, auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und auf den Pakt der Stabilität und der Wachstum zusammen mit der Lissaboner Strategie, zu den sich die BRD meldet.

Im Zusammenhang mit der zukünftigen Erweiterung der EU ist die Koalition konservativ und besteht auf die Einhaltung der Regeln ohne Ausnahmen und ohne Kompromisse. *„Die Erweiterungsverhandlungen werden ergebnisoffen geführt. Die strikte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bleibt Voraussetzung für einen Beitritt. Maßgeblich sind in allen Fällen sowohl die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten als auch die Aufnahmefähigkeit der EU.“*⁹⁷ Im Fall der Türkei betont der Koalitionsvertrag gleich wie das Dokument aus dem Jahr 2005, dass es sich um einen Prozess mit dem offenen Ende handelt, dessen Ergebnis man nicht garantieren kann. Die Regierungsparteien zeigen „ein merkwürdiges Interesse“ an der Beziehung der Türkei mit der EU. In diesem Teil sind beide Koalitionsverträge sehr ähnlich. Die Koalition drückt die Unterstützung des Baus von der europäischen Nachbarpolitik aus. Die ambitionierten Ziele werden im Teil des Vertrags gefunden, der sich der Zusammenauslandspolitik und der Sicherheitspolitik widmet. Die deutsche Koalition will sich dafür einsetzen, dass die EU in der Zukunft über eigenen Planungs- und Führungsfähigkeiten disponieren wird. Das langfristige Ziel ist die Entstehung der europäischen Armee, die unter die parlamentarische Kontrolle wäre.

⁹⁷ *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.* Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Beschlossen und unterzeichnet am 26. Oktober 2009. S.117 [online] <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile>

5.2 Die Realisation der europäischen Politik der CDU/CSU und der FDP

Der Wendepunkt wurde der Antrag von dem überschuldeten Griechenlands um die Finanzhilfe der EU aus der ersten Hälfte des Jahres 2010. Angela Merkel erwägte lange Zeit die Unterstützung des Antrags.

Im Krisenjahr 2010 änderte sich markant die europäische Politik der BRD. Die Zeit der Regierung von Großen Koalition war für die Ausgleichung der Interessen von der EU typisch und man suchte der Lösung von den Problemen mit der Hilfe des Geldes von den Steuerzahlern. Wenn die Finanzkrise anfang, hörte diese Regel in der Eurozone auf.⁹⁸ Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas für die Süddeutsche Zeitung sagte: „*Genschers Vorstellung von der "europäischen Berufung" eines kooperativen Deutschlands spitzt sich immer stärker auf einen unverhohlenen Führungsanspruch eines "europäischen Deutschlands in einem deutsch geprägten Europa" zu.*“⁹⁹ Merkel, die auch innenpolitisch schwächt, fing sich der Verteidigung der deutschen Interessen zu widmen an. Vor allem der Finanzinteressen. Mit der teuren Rettung der Griechen stimmte sie zu spät zu. Die Stellung der Kanzlerin erlitt beträchtlich dank der Einflüsse von dem aktuellen Geschehen. Im Brüssel wurde ein Spitzname „madame non“ für Merkel erweitert. Dann nahmen andere problematischen Themen zu: Die Erneuerung von dem Pakt der Stabilität und der Wachstum und die deutsch-französische Initiative im Form sog. des Paktes der Wettbewerbsfähigkeit. Die Kanzlerin war zuerst dagegen, aber sie werte ihre Meinung dann um.¹⁰⁰

Angela Merkel schlug im Jahr 2010 die Abkehr ihrer politischen Linie und die Veränderung im Charakter der europäischen Politik von ihrem Staat ab. Brüssel hielt die aktuelle europäischen Politik für „zu britische Politik“.¹⁰¹ Die gleiche Meinung sprach auch Joschka Fischer im Frühling 2010 aus, der Außenminister im Regierung von Gerhard Schröder 1998-2005 und die ehemalige führende Person der Grünen (Bündnis 90/Die Grünen). Nach seiner Meinung verlässt Deutschland allmählich die Rolle des europäischen Integrationsmotors und konzentriert sich für

⁹⁸ ALEXANDER, R.; BOLZEN, S. *Welt Online* [online]. 17. 12. 2010 [zit. 2015-04-07]. Merkel herrscht in Europa – doch der Preis ist hoch. WWW: <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article11694890/Merkel-herrscht-in-Europa-doch-der-Preis-ist-hoch.html>>

⁹⁹ HABERMAS, J. *Sueddeutsche.de* [online]. 07. 04. 2011 [zit. 2015-04-07]. Die Wiederentdeckung des Nationalstaates. WWW: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536-5>>

Jürgen Habers hat zu der Politik von Angela Merkel schon seit dem Jahr 2005 eine kritische Stellung.

¹⁰⁰ MEDICK, V.; WITTRICK, P. *Spiegel Online* [online]. 11. 02. 2011 [zit. 2015-04-07]. Weber-Abgang: Merkels Europa-Fluch. WWW: <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,744822,00.html>>

¹⁰¹ ALEXANDER, R.; BOLZEN, S. *Welt Online* [online]. 17. 12. 2010 [zit. 2015-04-07]. Merkel herrscht in Europa – doch der Preis ist hoch. WWW: <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article11694890/Merkel-herrscht-in-Europa-doch-der-Preis-ist-hoch.html>>

seine engeren Interessen. Es kann, angesichts der Größe, der Lage, der Geschichte von der BRD und angesichts der Position vom Deutschland in der EU, nach der Meinung von Fischer zu dem schwachen Verband der Staaten führen, dem die Nationalinteressen dominieren werden.¹⁰²

Der berüchtigte pragmatische Stil der Regierung von Angela Merkel, der mit der Ungefälligkeit zu den radikalen Schritten verbunden ist, hört für ihre europäischen Partner verständlich sein auf. Die Kanzlerin macht einen Eindruck, dass sie nicht regiert, aber sie reagiert nur auf die Umstände. Sie hat leider keine Zeit dafür, damit sie ihre Politik erklärt.

5.3 Die Bewertung der Koalition von CDU/CSU und FDP

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer beschuldigte die Regierung von Angela Merkel des nationalistischen Kurses schon auf das Ende zu der Wahlperiode der Großen Koalition im Jahr 2009. Über die europäische Politik der Kanzlerin sagte, dass sie sich der britischen oder französischen Politik nähre. *„das heißt, die EU wird zunehmend nur noch als Rahmen und als Bedingung für die Durchsetzung der eigenen Interessen gesehen, nicht aber mehr als eigenständiger Zweck der deutschen Europapolitik.“*¹⁰³ Er änderte nicht bis jetzt seine Meinung.

Die Realität der europäischen Politik von der BRD gibt ihm aktuell Recht. Die ökonomische Krise in der Eurozone, die die zweite Regierungszeit von Angela Merkel in der „schwarz-gelben“ Koalition mit der FDP betraf, verstärkte nur dieses Gefühl von der deutschen europäischen Politik. Auch im Brüssel wird sich das Gefühl erweitern, dass „das deutsche Modell“ wie „das britische Modell“ aussieht.

Angela Merkel lehnt nicht die Hilfe den europäischen Schuldner ab, aber verbindet sie mit den harten Ersparnissen und mit der Reformaktivität. Wenn es handelt sich um die Situation im Griechenland, setzt sich Angela für die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds ein. Die Kanzlerin gerät zwischen zwei „Problemen“: zwischen den europäischen Partnern. Am Kopf ist Frankreich, die die schnellen Rettungsmaßnahmen und die Stabilisation der Eurozone will. Das zweite „Problem“ ist die innenpolitische Situation in der BRD.

¹⁰² FISCHER, J. *Sueddeutsche.de* [online]. 29. 03. 2010 [zit. 2015-04-07]. Merkel und Europa: Frau Germania. WWW: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-und-europa-frau-germania-1.10508>>

¹⁰³ FISCHER, J. *Sueddeutsche.de* [online]. 17.5.2010 [zit. 2015-04-04]. Europawahl Europapolitik à la française. WWW: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/europawahl-europapolitik-la-franaise-1.461488>>

In der zweiten Regierungszeit hielt die Kanzlerin der senkenden Popularität und den unterschiedlichen Meinungen ihres Koalitionspartners stand. Die heiß diskutierte Frage betraf sich die Lösung der Situation in den überschuldeten Ländern.

II. PRAKTISCHER TEIL

Im zweiten Teil meiner Bachelorarbeit will ich untersuchen, wie die tschechischen Medien die Bürger von der Tschechischen Republik über die Situation vor den Wahlen im Jahr 2005 informierten. Ich arbeite mit der Zeitung *Hospodářské noviny* und mit der Zeitung *Mladá fronta DNES*. Ich teile diesen praktischen Teil in zwei Kapitel. Ich fange jedes Kapitel mit dem Monat an, wann die vorzeitigen Wahlen zum ersten Mal erwähnt wurden und ich schließe ihm mit dem Monat, wann das Thema zum letzten Mal erschienen wurde. Ich suche alle Ausgabe der Zeitungen aus dem Jahr 2005 durch und ich will eine kurze Analyse machen: Wie viel Platz wurde sich den vorzeitigen Wahlen in der BRD gewidmet? Worüber schrieb man konkret? Ich möchte dann mit anderen Fragen beschäftigen. Wie zum Beispiel: Ob die Vorwahlkampagnen den tschechischen Bürgern präsentiert wurden und ob eine Partei bevorzugt wurde?

1. Mladá fronta DNES (MfD)

Mladá fronta DNES ist dank 1,15 Millionen der Leser die weit verbreitete, hochwertige, gesamtstaatliche Tageszeitung in der Tschechischen Republik. Diese Zeitung wird im Verlag Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft, mbH (RBDV) erschienen und sie ist in der rechten Mitte politisch orientiert.

Die Recherche wurde mit der Hilfe des Archives von der Wissenschaftsbibliothek in Olomouc realisiert. Sie konzentrierte sich für die Artikel von Mai bis November 2005.

1.1 Die Analyse

Mladá fronta DNES informierte die tschechischen Leser über den Wahlen in Deutschland durchschnittlich 2mal pro Woche von Mai bis November. Hier dominierten die Themen wie das Aussprechen des Misstrauens, Gerhard Schröder, Angela Merkel, die vorzeitigen Wahlen, Sitz des Kanzlers und die Große Koalition. Im Vergleich zu *Hospodářské noviny* gibt es in MfD nur die Agenturnachrichten. Man kann wenige Glossen finden, aber wenn ein paar Glossen erschienen wird, überraschen sie durch ihre Qualität und Tiefe.¹⁰⁴

Die erste Erwähnung, wo die vorzeitigen Wahlen angedeutet wurden, war der Artikel von Zita Senková „*Padla největší bašta Schröderovy moci. Severní Porýní-Vestfálsko podle*

¹⁰⁴ BRITSKÉ LISTY. O privatizaci deníku Mladá fronta [online]. 2005 [zit.2015-04-18]. WWW:<http://www.blisty.cz/art/237779.html>

předběžných výsledků padlo do rukou nepříteli.“ Am 23. Mai 2005 schrieb die Autorin: Die SPD, die hier seit dem Jahr 1966 herrscht, bekam in den Wahlen im Nordrhein-Westfalen nur 37 % der Stimmen und die CDU/CSU besiegte mit 45 % der Stimmen. Dieses Ergebnis war nicht jedoch das, was die Sensation verursachte. Der Chef der SPD Franz Müntefering machte bekannt, dass die SPD die vorzeitigen Wahlen im Herbst erklären will. Also ein Jahr vor dem regulären Termin.

Danach folgen verschiedene Hypothesen, welche politische Partei besser wäre und wer in der Stellung des Kanzlers gegen die Probleme der BRD besser kämpfen würde. Das Hauptproblem ist Arbeitslosigkeit. Die Vermutungen werden auch auftaucht, dass Stoiber ein Superminister in Berlin wurde. Diese Hypothese widerlegt die Kanzlerin am 18.8. Zita Senková schreibt, dass die nächste politische Karriere von Edmund Stoiber unklar ist. Die vorzeitigen Wahlen haben den ersten Verlierer.¹⁰⁵ Sie weiß, dass Stoiber ihre Hoffnungen zu schaden machen, damit sie die erste Kanzlerin in der Geschichte der BRD wurde.

Die offizielle Nachricht über den vorzeitigen Wahlen zeigte sich in der tschechische Zeitung MfD am 22.7.2005. *„Němci půjdou k předčasným volbám“* Der Bundespräsident Horst Köhler löste den Bundestag auf und bestimmte, dass die Wahlen am 18. September 2005 stattfinden.

Von dem Ende Augusts bis 17.9. 2005 werden die Artikel über die Vorwahlkampagnen beider Kandidaten geschrieben. Das Duell von Schröder und Merkel: *„der Souverän versus Ex-Aschenputtel.* Die größte Aufmerksamkeit in den Septemberartikel widmet sich dem Fernseherduell zwischen Merkel und Schröder. *„Schröder-Merkelová: duel o důvěře; Duel před volbami: Merkelová bodovala, ale vyhrál Schröder.“* Am 5.9.2005 schreibt Lubomír Heger , dass die Chefin der CDU viel besser war als man erwartete. Schröder gewann bei den Zuschauern, trotzdem glaubt fast niemand daran, dass dieses Erfolg eine grundsätzliche Wende in den Wahlen bring. Am 12. 9 2005 zeigte sich das letzte Artikel über beiden Kandidaten, die noch Rivalen sind. *„Schröder a Merkelová jdou do finále“* In dieser Aufgabe erscheint die Glosse von Tomáš Kafka, wo er den ganzen Vorwahlkampf fasst zusammen. Er bezeichnet diese Wahlen als die historisch sachlichsten Wahlen in der Geschichte der BRD.

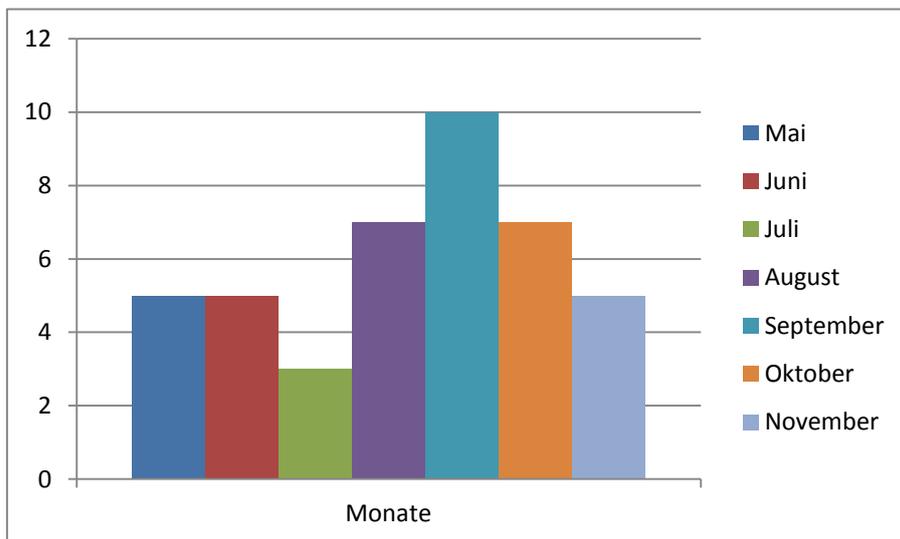
Am 18.9 steht in der Titelseite der Artikel über das Ergebnis der vorzeitigen Wahlen. Die CDU/CSU gewann mit dem Unterschied von 2 %. *„Německé volby skončily patem“* und man fang über die Entstehung der Großen Koalition zu spekulieren an. Die tschechische

¹⁰⁵ Im Jahr 2002 musste sich Angela Merkel auf die Kandidatur zu Stoibers Gunsten verzichten.

Zeitung MfD brachte fast jeden Tag einen Artikel über den Kampf um die Kanzlerposition und am 11.10.2005 publizierte die Zeitung, dass Deutschland die erste Frau führt.

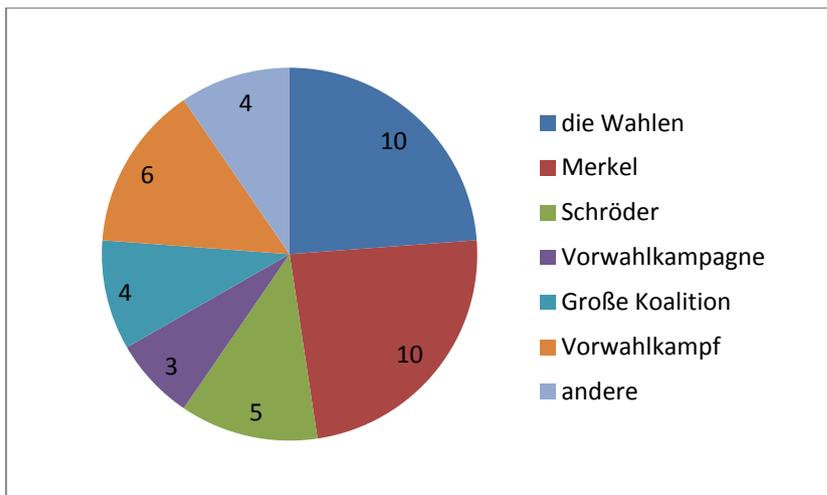
Der letzte Artikel, der sich die Wahl des Bundeskanzler betrifft, ist „*Německý parlament volí kancléře. Poprvé se jím stává žena*“ und erschien am 22.11.2005.

1.1.2 Die Graphen



Graph 1: Die Anzahl der Artikel in der Zeitung *Mladá fronta DNES*

Die Anzahl der Artikel, die sich die vorzeitigen Wahlen betreffen, beschreibt der folgende Graph. Aus diesem Spaltengraph kann man feststellen, dass die Zeitung MfD 42 Artikel von Mai bis November geschrieben wurde. Im Mai wurde 5 Artikel erschienen, die die Artikel über die vorzeitigen Wahlen betrafen. Sie beschrieben vor allem Gerhard Schröder. Er wollte, die Misstrauen seiner Regierung äußern. In der Zeitung MfD wurden 5 Artikel über die wahrscheinlichen Kanzlerkandidaten im Juni aufgeschrieben. Im Juli schreibt man 3 Artikel darüber, dass der Präsident über die vorzeitigen Wahlen entschied und, dass die Wahlen am 18.9.2005 durchlaufen. Im August fing es an, die größere Menge der Artikel zu erschienen. Konkret ist es 7 Artikel und sie beschreiben den Vorwahlkampf. Im September wuchs die Häufigkeit der Zeitungsartikel. In MfD wurden 10 Artikel publiziert. Im Oktober und November senkt die Menge der Artikel. Im Oktober ist es 7 aufgeschriebenen Artikel und im November 5.



Graph 2: Themen

Die Themen, worüber man schrieb, beschreibt dieser Rundgraph. In den Zeitungen herrschten die Artikel vor, die mit der Wahlen und Angela Merkel beschäftigten. Ich fand insgesamt 10 Artikel, die Angela Merkel erschienen und die den Titel zum Beispiel hatten: „*Nový image Merkelové, Německo povede první žena, Merkel má vládu kompletní*“ usw. Andere 10 Artikel widmeten sich den Wahlen. Warum sind die vorzeitigen Wahlen? Wann finden die Wahlen statt? Wer gewann die Wahlen. In 6 Artikel wurde über Vorwahlkampf beider Kanzlerkandidaten publiziert. Es handelte sich um das Fernsehduell und um die Attacken gegeneinander. 5 Artikel beschäftigten sich mit dem Kanzler Schröder. Die Zeitung schrieb über seine Familie, seine Kleidung und dann über seinem Abgang von der Kanzlerstellung. 4 Artikel widmeten sich den Hypothesen über der Großen Koalition und über ihre Entstehung. In den 3 Artikeln wurden die Vorwahlkampagne der SPD und der CDU/CSU beschrieben und zu den 4 restlichen Artikeln gehörten andere Parteien und die Glossen

2. Hospodářské noviny (HN)

HN gehört den vier gesamtstaatlichen hochwertigen Tageszeitungen in der Tschechischen Republik an. Sie spezialisiert sich auf die ökonomische Thematik und auf die Börse, aber sie informiert auch über die Politik, Kultur und den Sport. Ich arbeitete mit der Rubrik - Politik im Ausland. HN kann man als liberal-konservative Tageszeitung bezeichnen. Der Verlag Economia, der die Tageszeitung herausgibt, wird von dem internationalen Dow Jones – Handelsblatt besetzen.

Die Recherche wurde sich auf das Mai bis November 2005 konzentriert und sie wurde sich im Archiv der Wissenschaftsbibliothek in Olomouc realisiert.

2.1 Die Analyse

Im Vergleich zu der Zeitung Mladá fronta DNES beilegte nicht die Zeitung Hospodářské noviny den deutschen vorzeitigen Wahlen Wert. Die quantitative Analyse der Zeitung führte zu dem überraschenden Ergebnis. In der Zeitung wurde es nur selten über den Wahlen geschrieben. In Hospodářské noviny dominierten die Bildung der zukünftigen Koalition und Gerhard Schröder und die Nebenthemen wie die Vorwahlkampagnen, die vorzeitigen Wahlen und auch Angela Merkel und ihre CDU/CSU.

Die erste Erwähnung, wo die vorzeitigen Wahlen angedeutet wurden, war der Artikel am 23.5.2005 von Zuzana Kleknerová „*Schröder chce předčasné volby*“, wo die Autorin schrieb auf: Schröder einigte sich mit der eigenen Koalition darüber, dass sie gegen ihm am 1.7.2005 stimmen sollte. Dann kamen die Artikel einmal pro 14 Tage.

Die größere Welle startete am 22.7.2005 mit dem Artikel „*Prezident Horst Köhler rozpustil spolkový sněm a vyhlásil předčasné volby*“, in dem erklärte der Präsident die vorzeitigen Wahlen. In der Zeitung fingen verschiedene Hypothesen wie „*Němci váhají. změnu chce jen polovina, Německá SPD zahájila svůj boj*“ usw. zu erscheinen an.

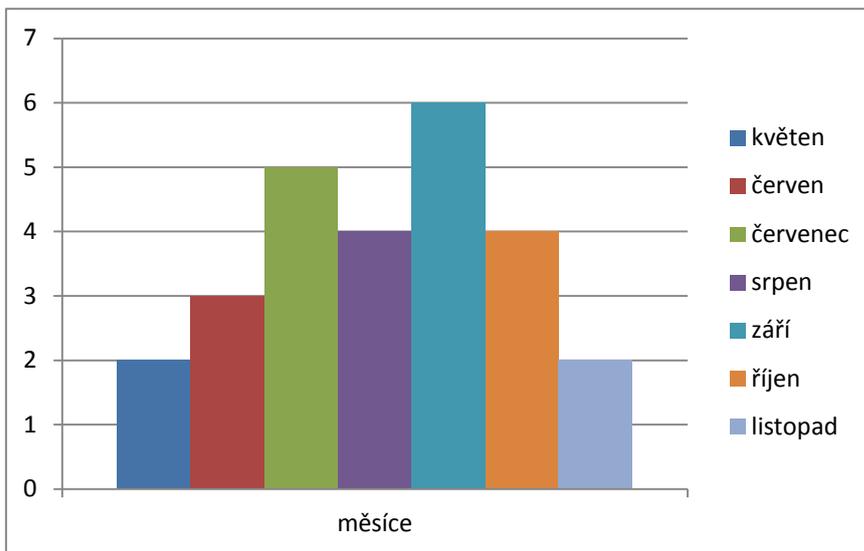
In der Zeitungen Hospodářské Noviny vorherrschten die Artikel, die den Kanzler Gerhard Schröder und seine Partei betrafen. Am 15.8.2005 publizierten die Zeitungen den Artikel, dass die SPD mit der scharfen Kritik auf die Opposition seinen Vorwahlkampf eröffnete. Es gab auch die Artikel über Angela und ihre Vorwahlkampf - „*Konzervativci přesvědčují Němce o nutné změně vlády*“, aber die Menge der Artikel über Merkel ist nicht so hoch. Im September kam der Fernseherduell und der echte Vorwahlkampf und die Zeitungen nur 2 Artikel publizierten. Es war offenkundig, dass die Zeitungen der SPD zuneigten. Die Zeitungen schrieben über Schröder, was er noch in dem Rest seiner Regierungszeit schaffen wollte. „*Putin a Schröder dohodli plynovod*“

Am 19.9.2009 steht in der Titelseite der Artikel von Barbora Bublíková und Jiří Sládek über das Ergebnis der vorzeitigen Wahlen. Die CDU/CSU bekam 35 % der Stimmen und die SPD 34 %. „*Německé volby skončily patem, vítězství hlásí pravice i levice*“ und man fang über die Entstehung der Großen Koalition zu spekulieren an. Es wurde viele Artikel über der Großen Koalition entstanden. „*Němci si velkou koalici nepřejí*“ Die Autorin Barbora Bublíková schrieb in ihrem Artikel, dass die Deutschen die Große Koalition nicht wollen. 30

% der Wähler wollte die Koalition der CDU/CSU, der Grünen und der FDP. Die kleinste Unterstützung hat die Große Koalition, die Wähler wollten lieber die neuen Wahlen.

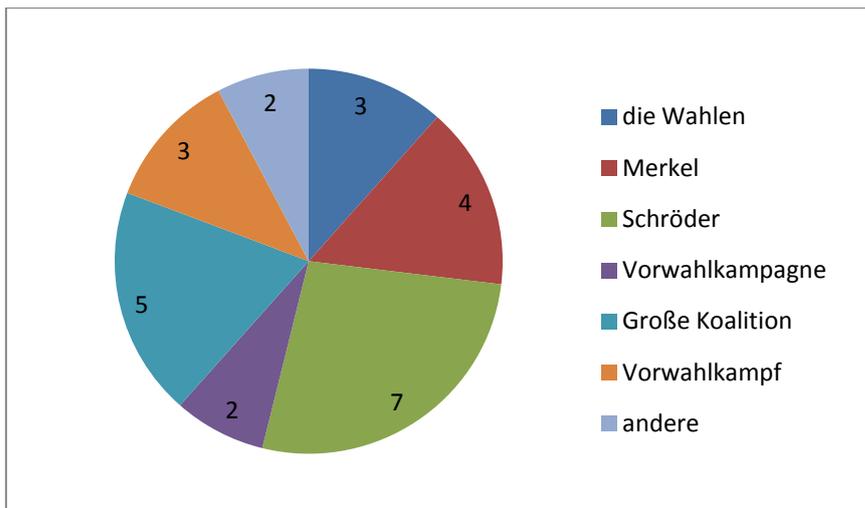
Die Parteien einigten sich über der Regierung und am 22.11.2005 kam der Artikel - „Německý parlament volí kancléře. Poprvé se jím stává žena“ heraus.

2.1.2 Die Graphen



Graph 1: Die Anzahl der Artikel in der Zeitung *Hospodářské noviny*

Insgesamt wurden in der Zeitung *Hospodářské noviny* 26 Artikel von Mai bis November publiziert. Im Mai waren 2 Artikel aufgeschrieben, die über die erste Idee der vorzeitigen Wahlen referierten. Im Juni schrieb man über das Aussprechen des Misstrauens dem Bundestag. Und es war konkret 3mal. Im Juli fing es an, die größere Menge der Artikel zu erscheinen. Die „Propaganda“ von Gerhard Schröder fang an und in diesem Monat man konnte 5 Artikel in der Zeitung *Hospodářské noviny* finden. Im August und September wuchs die Häufigkeit der Zeitungsartikel. Man schrieb über die Wahlen und die Idee der Großen Koalition im August und zwar in den 6 Artikeln. Im September wurden die Theorien noch über der zukünftigen Koalition geführt. Die Artikelmenge im September waren 4 Artikel. Im Oktober und November senkt die Menge der Artikel. Im August wurde man 4 Artikel aufgeschrieben und im November nur 2 Artikel.



Der Graph 2: Themen

Die Themen, worüber man schreibt, beschreibt dieser Rundgraph. In den Zeitungen herrschten die Artikel vor, die mit Gerhard Schröder und mit der Großen Koalition beschäftigten. Ich fand insgesamt 7 Artikel, die Gerhard Schröder erschienen und die den Titel zum Beispiel hatten: „*Německo vzpomíná, 7 let Gerharda Schrödera*“ usw. Andere 5 Artikel widmeten sich den Wahlen. Warum sind die vorzeitigen Wahlen? Wann finden die Wahlen statt? Wer gewann die Wahlen? – die gleichen Fragen wie in der Zeitung *Mladá fronta DNES*. In 4 Artikel wurde er über Angela Merkel geschrieben. „*Z Kohlova děvčete železnou lady*.“ Insgesamt 6 Artikel widmeten sich den Wahlen und dem Vorwahlkampf beider Kandidaten. In den 2 Artikeln wurden die Vorwahlkampagne der SPD und der CDU/CSU beschrieben und zu den 2 restlichen Artikeln gehörten „*Stoiber znechutil východní Němce, Německá levice spojila své síly proti Schröderovi*.“..

3. Der Vergleich der Zeitungen

Die Zeitung *Mladá fronta DNES* informierte die tschechischen Leser im höheren Maße. Es wurde insgesamt 42 Artikel im Laufe der vorzeitigen Wahlen publiziert. Die Zeitung *Hospodářské noviny* brachten weniger Artikel als die Zeitung *Mladá fronta Dnes*, die die Wahlen in der BRD betrafen würden. Insgesamt gab die Zeitung *Hospodářské noviny* 26 Artikel heraus.

Nach der Häufigkeit der Artikel schrieb man mehr über Angela Merkel als Gerhard Schröder in der Zeitung *Mladá fronta DNES*, aber die Vorwahlkampagnen präsentierten die Zeitung in gleichem Maß. In der Zeitung *Hospodářské noviny* war es offenkundig, dass sie

Gerhard Schröder und seine Partei bevorzugten. Es wurde ihm mehr Artikel in der Zeitung als den Wahlen gegönnt.

Nach meiner Meinung wurde es den tschechischen Lesern dank der Zeitungen Mladá fronta DNES und Hospodářské noviny die genügende Informationsmenge mitgeteilt, die die Vorwahl- und Nachwahlsituation in der BRD betrafen.

Zusammenfassung

Diese Bachelorarbeit befasste sich mit Angela Merkel und mit ihrer europäischen Politik.

Im Einleitungskapitel richtete ich die Aufmerksamkeit an die Position des Kanzlers in dem politischen System der BRD, an die Möglichkeiten und die Grenzen seines Amtes bei der Bildung der Politik auf die EU-Ebene. Der Bundeskanzler ist ein einziges Mitglied, der von der Bundesregierung gewählt ist. Die Verfassung gibt ihm das Recht für die Ministerbestimmung in den wichtigsten politischen Ämtern. Der Bundeskanzler hat die Kompetenz zu vergeben. Dank dieser Befugnisse besteht der Bundeskanzler im Vergleich mit der Macht des Präsidenten in den Präsidentendemokratien. Der Parlamentsrat, der im Jahr 1949 den Grundgesetz verabschiedete, hatte wie das Vorbild die Wahl des britischen Ministerpräsidenten.

Das zweite Kapitel wurde sich mit dem politischen Profil von Angela Merkel und mit ihrer Biographie beschäftigt. Das dritte Kapitel deutet die Situation in der BRD vor den Wahlen an. Die Arbeitslosigkeit erreichte gegen 11%. Der Aufschwung der Unternehmung komplizierten die unflexiblen Gesetze und die Vorschriften. Die deutschen Firmen verloren die Konkurrenzfähigkeit.

Das vierte und fünfte Kapitel wird sich auf „den Kern“ der Bachelorarbeit konzentriert, auf die europäische Politik der Kabinette von der Kanzlerin Angela Merkel und auf ihren Vergleich. Die Kanzlerin musste zuerst am Kopf der Bundesregierung und im Gebiet der europäischen Institutionen etablieren. Die große Koalition tritt die europäische Politik wirklich erfolgreich ein und setzte sich für andere Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses ein. Die Kanzlerin Angela Merkel nahm intensiv an der Erneuerung der Diskussion über die Zukunft der EU und an der Bildung der neuen Rechtsgrundlage von der Diskussion. Diese Bemühung kulminierte am 1. Dezember 2009, wann der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Die deutsche Präsidentschaft im Rat der EU wurde im Jahr 2007 der Höhepunkt des erfolgreichen Eintritts von der Kanzlerin zu den höchsten politischen Bereichen. Die Koalition der CDU/CSU und der FDP fing in ihrer Wahlzeit in den ganz anderen Bedingungen an. Die neue Richtung der Europäischen Union bestimmte der Vertrag von Lissabon, der in Kraft seit Dezember 2009 tritt. Europa und die USA kämpften gegen die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise und in Kürze war offenkundig, dass einige Mitgliederstaaten der Eurozone in Schwierigkeiten bei der Abzahlung ihrer Schulden geraten

könnten. Als Erster bat Griechenland um die europäische Hilfe. Am Anfang ihrer Regierung verwahrte sich Angela Merkel gegen ihren Vorgänger Gerhard Schröder und sie widerlegte die Vermutungen, dass sie nicht die europäische Politik nach dem Schröders Kurs des Deutschlands weiterführen wird. Der Kurs von Schröder war, dass Deutschland ein selbstbewusster Spieler ist, der nur seine Interessen verteidigt. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise fing den Charakter der europäischen Politik von der Kanzlerin zu ändern an. In ihrer zweiten Regierungszeit zeigte sich die Rückkehr zu den deutschen nationalen Interessen. Die BRD schützte ihre Finanzen. Die Deutschen, die sich im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen ausglich, waren nicht ihr Geld den disziplinelosen Mitgliedstaaten der Eurozone zu schenken bereitwillig. Die ökonomische Realität zeichnete auch die Beziehungen des deutsch-französischen „Motors“ von dem europäische Integrationsprozess. Diese Beziehungen berieten in dem imaginären tiefsten Punkt am Anfang des Jahres 2010 im Zusammenhang mit der Hilfe für Griechenland. Inzwischen baten Irland und Portugal auch um die Hilfe. Diese Hilfe könnte die Eurozone bedrohen. Die Regierung der schwarz-gelben Koalition wirkte zurückhaltend, konservativ und verteidigte die deutschen Interessen und Geld.

Das Ziel dieser Bachelorarbeit war die Komparation der europäischen Politik von der Merkels Kabinette im Zeitabschnitt 2005-2014. Wenn man die Regierungserklärungen der Großen Koalition und der konservativ-liberalen Koalition vergleicht, entsteht der Eindruck, dass ihre europäische Politik ähnlich ist, weil die Programmprioritäten sich nur wenig im Jahr 2009 änderten. Die realen durchgeführten Schritte zeugten von anderem Ergebnis. Im Laufe der zweiten Regierungszeit von der Kanzlerin veränderte sich beträchtlich die europäische Politik der BRD. Für die europäische Politik der BRD war noch in der Regierung der Großen Koalition charakteristisch die Interessen der EU auszugleichen und wenn es nötig war, lösten die Konflikte mit der Hilfe des Gelds von den Steuerzahlern. Nach dem Ausbruch der Krise in der Eurozone gilt „diese Regel“ nicht mehr. Angela Merkel ist die Politikerin, die sich für die deutschen Interessen und für das Geld einsetzt.

Aufgrund der oben erwähnten Erkenntnisse kann man bestätigen, dass die erste Regierungszeit der Kanzlerin sich durch die sehr konstruktive europäische Politik zeichnete aus, die sich für die Beendung der Reform von der EU einsetzte. In der zweiten Regierungszeit von Merkel zeigte sich nicht ihre konservativ-liberale Koalition markant und dann setzte sie sich für die deutschen ökonomischen Interessen ein.

Im praktischen Teil beschäftigte ich mich mit der Medialisierung der vorzeitigen Wahlen in der BRD im Jahr 2005. Das Ziel war die Analyse der Zeitung *Mladá fronta DNES* und *Hospodářské noviny*. Es wurde insgesamt 68 Artikel über die vorzeitigen Wahlen der BRD in den tschechischen Zeitungen publiziert. In der Zeitung *Mladá fronta DNES* dominierten die Themen wie das Aussprechen des Misstrauens, Gerhard Schröder, Angela Merkel, die vorzeitigen Wahlen, Sitz des Kanzlers und die Große Koalition. In der Zeitungen *Hospodářské noviny* vorherrschten die Artikel, die den Kanzler Gerhard Schröder und seine Partei betrafen. Hier dominierten die Artikel auch, die die Bildung der zukünftigen Koalition beschrieben. Beide Zeitungen brachten genügende Informationsmenge über die vorzeitigen Wahlen in der BRD.

Anlagen

Anlage 1 - „Europa gelingt gemeinsam“ – das Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft; 1. Januar – 30. Juni 2007 (die Auswahl)

Eine handlungsfähige Gemeinschaft – die EU weiterentwickeln

Der europäische Verfassungsvertrag sieht wichtige Fortschritte für ein wertorientiertes und sozial gerechtes Europa vor, für mehr Bürgerrechte, für eine Verstärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, für eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Union und den Mitgliedstaaten, für eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente und für eine stärkere Außen- und Sicherheitspolitik. Er macht die Europäische Union demokratischer, handlungsfähiger, effizienter und transparenter.

Angesichts des ins Stocken geratenen Ratifizierungsprozesses des Verfassungsvertrags hat der Europäische Rat am 15./16. Juni 2006 die deutsche Präsidentschaft beauftragt, in der ersten Jahreshälfte 2007 mit den EU-Mitgliedstaaten ausführliche Konsultationen zu führen und anschließend dem Europäischen Rat einen Bericht vorzulegen. Der Bericht soll mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen und als Grundlage für Beschlüsse dienen, wie der Reformprozess der EU fortgesetzt werden soll.

Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas

Um Wachstum und Beschäftigung in Europa auf Dauer zu sichern, muss Europa auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung – seine wirtschaftliche Dynamik wiedergewinnen. Zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft und der Grundlagen unserer sozialen Systeme, müssen vorhandene Ressourcen mobilisiert, Wachstum und Beschäftigung systematisch gestärkt sowie ein innovationsfreudiges „Europa des Wissens“ durch mehr Investitionen in Bildung und Forschung gefördert werden.

Mit der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung stellen sich die Staaten der Europäischen Union dieser Herausforderung. Dabei kommt es darauf an, den richtigen Mix von Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätzen sowie von sozialem Zusammenhalt und gesunder Umwelt zu finden. Es liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die auf Grundlage der Lissabon-Strategie erarbeiteten nationalen Reformprogramme konsequent umzusetzen. Die EU muss die Maßnahmen ergreifen, mit denen ein echter europäischer Mehrwert erzeugt werden kann.

Anlage 2 - „***Gemeinsam für Deutschland - Mit Mut und Menschlichkeit.***“ **Der Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU und der SPD; 11.11.2005 (die Auswahl)**

Europäische Einigung und atlantische Partnerschaft sind keine Gegensätze, sondern die beiden wichtigsten Pfeiler unserer Außenpolitik. Beide bilden die Grundlage für unsere Beziehungen, insbesondere für die enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich, mit Polen und unseren anderen Nachbarn, mit den Vereinigten Staaten von Amerika wie auch für unser Verhältnis zu Russland. Zugleich bekennen wir uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit bleibt als wichtiger Impulsgeber unverzichtbar und wird den Interessen unserer Partner in der Europäischen Union gerecht werden. Daneben Allen wir besonders der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und den neuen Mitgliedstaaten neue Qualität und Intensität geben. Kooperationsformen wie das Weimarer Dreieck wollen wir weiter intensivieren.

Wir stehen zum Europäischen Verfassungsvertrag. Er beinhaltet wichtige Fortschritte für ein wertorientiertes und sozial gerechtes Europa, für mehr Bürgerrechte, für eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten, für den Abbau von Überregulierung und Bürokratie und für eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente. Dies macht die Europäische Union demokratischer, handlungsfähiger, effizienter und transparenter.

Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zur Türkei und an einer Anbindung des Landes an die Europäische Union.

...

Die am 3. Oktober 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt.

...

Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muss die Türkei in

einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.

Anlage 3: *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.*“ Die Koalitionsvertrag der CDU/CSU und der FDP; 26. September 2009 (die Auswahl)

Mit dem Lissabon-Vertrag wird die EU demokratischer und handlungsfähiger. Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern in der EU Initiativen anstoßen und konkrete Projekte auf den Weg bringen, etwa bei der Energiepolitik, der Bankenaufsicht und in der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Enge und vertrauensvolle Beziehungen zu unseren Partnern in Europa sind konstitutiver Bestandteil unseres Engagements für Europa. Das deutsch-französische Verhältnis ist in seiner Breite und Tiefe einzigartig und fördert maßgeblich die europäische Einigung. In diesem Verständnis und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Europas will die Bundesregierung die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Klimaschutz, Weltraum sowie Sicherheit und Verteidigung weiter voranbringen.

Darüber hinaus wollen wir die enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit Polen weiter vertiefen und die Möglichkeiten des Weimarer Dreiecks intensiv ausschöpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass von der deutsch-polnischen Zusammenarbeit neue Impulse für die europäische Einigung ausgehen. Zugleich wissen wir um die hohe Bedeutung freundschaftlicher, vertrauensvoller und zukunftsgerichteter Beziehungen mit unseren anderen Nachbarn.

Bibliographie

BUBLÍKOVÁ, B. Němci váhají změnu chce jen polovina. *Hospodářské noviny*, 9. srpna 2005, č. 154, S. 7

BUBLÍKOVÁ, SLÁDEK, Německé volby skončily patem, vítězství hlásí pravice i levice. *Hospodářské noviny*, 19. září 2005, č. 176, S. 7

BUBLÍKOVÁ, B. Němci si velkou koalici nepřejí. *Hospodářské noviny*, 23. září 2005, č. 180, S. 7

BUBLÍKOVÁ, B. Německý parlament volí kancléře. Poprvé se jím stává žena. *Hospodářské noviny*, 22. listopadu 2005, č. 200, S. 6

BUKOW, S. [Hrsg.]. (2010). *Die Große Koalition: Regierung - Politik - Parteien; 2005-2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 391 S. ISBN 978-3-531-16199-0.

ČERNÝ, A. Stoiber znechutil východní Němce. *Hospodářské noviny*, 12. srpna 2005, č. 157, S. 6

DITTRICH, D. (2009). *Die FDP und die deutsche Außenpolitik*. 1. Aufl. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam. 103 s. ISBN 978-3-86956-011-3.

FIN PUBLISHING, *Německo-český a česko-německý slovník*. 6. vyd. Český Těšín: Těšínská tiskárna, a. s., 2005, 1404 S. ISBN 80-86002-74-8

HANDL, V.; NIGRIN, T. (2006): *Německá integrační politika mezi pragmatismem a europeizací*. In: *Mezinárodní vztahy* 6/2006, roč. 41. S. 5-27. ISSN-0323-1844.

HB, bb. Konzervativci přesvědčují Němce o nutné změně vlády. *Hospodářské noviny*, 15. srpna 2005, č. 158, S.8

HEGER, L. Německo má svou první kancléřku. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 11. října 2005, č. XVI/238, S. 8

KAFKA, T. Merkelová a Schröder bojují argumenty, *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, č. XVI/220, S. A2

KLEKNEROVÁ, Z. Schröder chce předčasné volby. *Hospodářské noviny*, 23. května 2005, č. 101, S.7

KLEKNEROVÁ, Z. Prezident Horst Köhler rozpustil spolkový sněm a vyhlásil předčasné volby. *Hospodářské noviny*, 22. července 2005, č.141, S. 6

LANGGUTH, Gerd: *Angela Merkel. Biografie*. München 2010 (Aktualisierte Neuausgabe), 400 S.

MARCHETTI, A.; ZIMMEK, M. (2007). Weichenstellung für Europa: Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft. In MARCHETTI, A.; ZIMMEK, M. *Annäherungen 62 an Europa: Beiträge zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007*, ISBN 978-3-936183-75-7.

MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2010). *Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel*. 2., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. Für Sozialwiss. 349 S. ISBN 978-3-531-16392-5.

MURSWIECK, Axel: *Angela Merkel als Regierungschefin und als Kanzlerkandidatin*. Politik und Zeitgeschichte 51/2009, s. 26-32.

NICLAUSS, Karlheinz: *The Federal Government: Variations of Chancellor Dominance*. In:

HEGER, L. Duel před volbami: Merkelová bodovala, ale vyhrál Schröder, *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 5. září 2005, č. XVI/219, S. 10

HELMS, Ludger: *Institutions and Institutional Change in the Federal Republic of Germany*. Macmillan Press 2000, s. 65-83.

PATERSON, William E.: *The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union*. Journal of Common Market Studies, Vol. 49, Annual Review 2011, s. 57-75.

POGUNTKE, Thomas: *Germany*. European Journal of Political Research, Vol. 51, No. 1/2012, s. 982-990.

REUTERS, Německá SDP zahájila svůj boj. *Hospodářské noviny*, 15.8 2005, č. 158, S.6

REUTERS, Německo vzpomíná 7 let Gerharda Schrödera. *Hospodářské noviny*, 1. září 2005, č. 172, S. 7

REUTERS, Německá levice spojila své síly proti Schröderovi. *Hospodářské noviny*, 25. července 2005, č. 142, S. 7

REUTERS, Bojovný Schröder se nevzdává. *Hospodářské noviny*, 1. září 2005, č. 171, S. 7

SAALFELD, Thomas: *Political Parties*. In: GREEN, Simon – PATERSON, William E. (eds.): *Governance in Contemporary Germany . The Semisovereign State Revisited*. Cambridge University Press 2005, s. 46-77.

SARTORI, Giovanni: *Srovnávací ústavní inženýrství*. SLON, Praha 2001, 238 S.

SENKOVÁ, Z. Padla největší bašta Schröderovy moci.: Severní Porýní- Vestfálsko podle průběžných výsledků padlo do rukou nepříteli. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 23.května 2005, č. XVI/ 120, S. 8

SENKOVÁ, Z. Němci půjdou k předčasným volbám. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 22. července 2005, č. XVI/170, S. 8

SENKOVÁ, Z. Merkelová trestá Stoibera. Není ve stínové vládě. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 18. srpna 2005, č. XVI/193, S. 9

SENKOVÁ, Z. Schröder-Merkelová: duel o důvěře. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 17. září 2005, č. XVI/219, S. 10

SENKOVÁ, Z. Německo: volební boj dospěl do finále, *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 17. září 2005, č. XVI/219, S.8

SENKOVÁ, Z. Z tiché popelky válečnice, *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 17. září 2005, č. XVI/219, S.8

SENKOVÁ, Z. Německé volby skončily patem, *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 18. září 2005, č. XVI/220, S.8

SENKOVÁ, Z. Německý parlament volí kancléře. Poprvé se jím stává žena. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 22. listopadu 2005, č. XVI/272, S. 9

SENKOVÁ, Z. Nový image Merkelové, *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 19. října 2005, č. XVI/245

SENKOVÁ, Z. Merkelová má vládu kompletní. Představila svůj stínový kabinet. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 18. srpna 2005, č. XVI/220, S. 10

SENKOVÁ, Z. Místo papeže se na plakátech opět objevili politici. *Mladá fronta DNES – Střední Morava*, 23. srpna 2005, č. XVI/197, S. 8

SLÁDEK, J. Němci sčítají výsledky Schröderovy vlády. *Hospodářské noviny*, 14. září 2005, č. 180, S. 9

SLÁDEK, J. Němci rozhodovali o tempu ekonomických reforem. *Mezinárodní politika*. 2005, roč. 29, č. 10, s. 14-16. ISSN 0543-7962.

Internetquellen

ALEXANDER, R.; BOLZEN, S. *Welt Online* [online]. 17. 12. 2010 [zit. 2015-04-07]. Merkel herrscht in Europa – doch der Preis ist hoch. WWW: <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article11694890/Merkel-herrscht-in-Europa-doch-der-Preis-ist-hoch.html>>

Angela Merkelová. [online]. [zit. 2015-03-13] WWW: <http://www.financnici.cz/angela-merkelova#cv>

BERLÍNSKÁ DEKLARACE, *Euroskop* [online]. 25. 03. 2007, [zit. 2015-03-18]. WWW: <www.euroskop.cz/gallery/2/735-berlinska_deklarace.pdf>

BERTRAM, Ch. *Merkelová bude k cizině vřelejší než Schröder*. *Hospodářské noviny*, 25.10.2005, WWW: http://ihned.cz/3-17083400-Merkelov%E1+v%F8elej%9A%ED-000000_d-c5

BRITSKÉ LISTY. *O privatizaci deníku Mladá fronta* [online]. 2005 [zit. 2015-04-18]. WWW: <http://www.blisty.cz/art/237779.html>

BUNDESKANZLERIN: Im Porträt. [online]. [zit. 2014-11-19]. WWW: http://www.bundesregierung.de/Webs/BKin/DE/AngelaMerkel/Portrait/portrait_node.html#sequence-2

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG. *Der Lissabonner Vertrag auf einen Blick* [online]. 2009 [zit. 2015-03-23].

WWW: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43000/grafik-lissabonner-vertrag>

CAMMANN, A. „Spannender als Rot-Grün“. Gespräch mit Wolfgang Engler. *Zeit online: Schwarz-gelbe Koalition* [online]. 2009 [zit. 2011-01-04]. WWW: <<http://www.zeit.de/2009/43/Interview-Engler?page=1>>

DENÍK REFERENDUM SVĚT: *Volby v Německu 2013 - výsledky a zajímavosti* [online]. 2013 [zit. 2015-04-04]. WWW: <http://denikreferendum.cz/clanek/16461-volby-v-nemecku-2013-vysledky-a-zajimavosti>

EUROPA GELINGT GEMEINSAM: *Präsidentschaftsprogramm 1. Januar - 30. Juni 2007* [online]. Die Bundesregierung. [zit. 2015-03-23]. WWW: <http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf>

EUROPEAN COMMISSION. *Eurobarometer 44 - Chapter 2* [online]. 1.2.2012 [zit. 2015-04-04]. WWW: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb44/chap2_en.htm

FAKTA O NĚMECKU: *Politický systém*. [online]. [zit. 2014-11-26]. WWW: <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/cz/politicky-system/main-content-04/spolkovy-kancler-a-spolkova-vlada.html>

FISCHER, J. *Sueddeutsche.de* [online]. 17.5.2010 [zit. 2015-04-04]. Europawahl Europapolitik à la française. WWW: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/europawahl-europapolitik-la-franais-1.461488>>

GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND – MIT MUT UND MENSCHLICHKEIT, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. 11. 2005. [online], WWW: http://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/05_11_11_Koalitionsvertrag_Langfassung_navigierbar_0.pdf?file=1&type=node&id=1100 >. S. 146-151.

GRUNDGESETZ FÜR BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, ABS.[online] [zit.2015-03-17]. WWW: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_109.html

GRUNDGESETZ FÜR BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: VI. *Die Bundesregierung*, [online]. [zit. 2014-11-26].

URL:http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_06/245136

HABERMAS, J. *Sueddeutsche.de* [online]. 07. 04. 2011 [zit. 2015-04-07]. Die Wiederentdeckung des Nationalstaates. WWW:

<<http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536-5>>

HARTMANOVÁ, Lenka. Institut pro evropskou politiku EUROPEUM [online]. 17.8.2005 [zit. 2014-10-14].

HOSPODÁŘSKÉ NOVINY. *Merkelová chce s Turky jednat o vstupu do EU. Ankara trvá na plnohodnotném členství*[online]. 2012, 1. 11. 2012 [zit. 2015-03-16].

WWW: <http://zahranicni.ihned.cz/c1-58234160-merkelova-chce-s-turky-jednat-o-vstupu-do-eu-ankara-trva-na-plnohodnotnem-clenstvi>

IDNES.CZ, REUTERS a ČTK. Volby v Německu těsně vyhrála opozice. [online]. 2005, S. 1 [zit. 2015-03-12].

WWW: http://zpravy.idnes.cz/zahranicni.aspx?r=zahranicni&c=A050918_182047_zahranicni_kot

JEDLIČKA, Petr. *Deník Referendum: Volby v Německu 2013 - výsledky a*

zajímavosti [online]. 2013 [zit. 2015-03-13]. WWW: <http://denikreferendum.cz/clanek/16461-volby-v-nemecku-2013-vysledky-a-zajimavosti>

LANDES ZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-

WÜRTTEMBERG. *Sparpaket der Bundesregierung* [online]. [zit. 2015-04-04].

WWW: <http://www.lpb-bw.de/sparpaket.html>

LINGEA, *slovníky.lingea.cz* [online]. URL: <http://www.lingea.cz/> [cit. 2015-04-11]

LEBENDIGES MUSEUM ONLINE. *Helmut Schmidt* [online]. [zit. 2015-02-18]. WWW:

<http://www.hdg.de/lemo/biografie/helmut-schmidt.html>

MAHRHOLD, H. (2006). *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*. In: *Integration* 1/2006, S. 3-22. [online] WWW: <http://www.iep-berlin.de/index.php?id=157>

MEDICK, V.; WITTROCK, P. *Spiegel Online* [online]. 11. 02. 2011 [zit. 2015-04-07].

Weber-Abgang: Merkels Europa-Fluch. WWW:

<<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,744822,00.html>>

MERKEL, Angela. Angela Merkel. [online]. [zit. 2014-11-18]. WWW: <http://www.angela-merkel.de/pers%C3%B6nlich.html>

THE ECONOMIST. *Slow, but popular* [online]. 2012 [zit. 2015-04-04].

WWW:<http://www.economist.com/news/europe/21567937-angela-merkels-cautious-response-euro-crisis-backed-most-germans-and-her-party?zid=307&ah=5e80419d1bc9821ebe173f4f0f060a07>

WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT.: *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP*. 2009. vyd. 2009, 132 S.

WWW:http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile

DIE ANNOTATION DER BACHELORARBEIT

Name:	Veronika Pešková
Lehrstuhl:	Lehrstuhl für deutsche Sprache
Betreuer:	Mgr. Pavel Hofírek
Jahr:	2015

Titel der Arbeit:	Angela Merkel – ihre Erfolge und Misserfolge
Titel der Arbeit auf Englisch:	Success and failures of Angela Merkel
Annotation auf Tschechisch:	<p>Bakalářská práce se zabývá evropskou politikou Angely Merkelové. Práce je rozdělena do dvou částí - na praktickou a teoretickou. V úvodní části praktického oddílu je definována pozice spolkového kancléře a jeho moci. Hlavním tématem práce je první a druhé volební období kancléřčiny vlády a její srovnání. První období vlády – vláda velké koalice měla prointegrační a prokooperativní charakter. Druhé období vlády - koalice FDP a CDU/CSU se vyznačuje především hájením vlastních zájmů. Praktická část se zabývá medializací předčasných voleb v českých denících Mladá fronta DNES a Hospodářské noviny, které probíhaly v Německu v roce 2005. Zkoumá předvolební a povolební situaci a řeší, o kterých tématech se nejvíce psalo.</p>
Schlüsselwörter:	Angela Merkel, Bundeskanzler, BRD, CDU/CSU, SPD, die Große Koalition, FDP, die konservativ-liberale Koalition,

	vorzeitige Wahlen, europäische Politik, Wahlen, Gerhard Schröder
Annotation auf Englisch:	The final project deals with Chancellor Angela Merkel's European politics. It is structured into the theoretical and practical part. The aim of the first section is the analysis and the comparison between the first-term and second-term election of Angela Merkel. The first term of office, a government of the grand coalition, supported integration and had a pro-cooperative character. The second term of office was a coalition of FDP and CDU which is primarily characterized by standing up for its own interests. The practical part analyses Czech newspapers Hospodářské noviny and Mladá fronta DNES during the election in 2005.
Schlüsselwörter auf Englisch:	Angela Merkel, federal Chancellor, Federal Republic of Germany, CDU/CSU, FDP, SPD, big coalition, conservative-liberal coalition, early election, European politic, election, Gerhard Schröder
Anlage:	3
Seitenzahl:	55

Sprache:	Deutsch
-----------------	---------